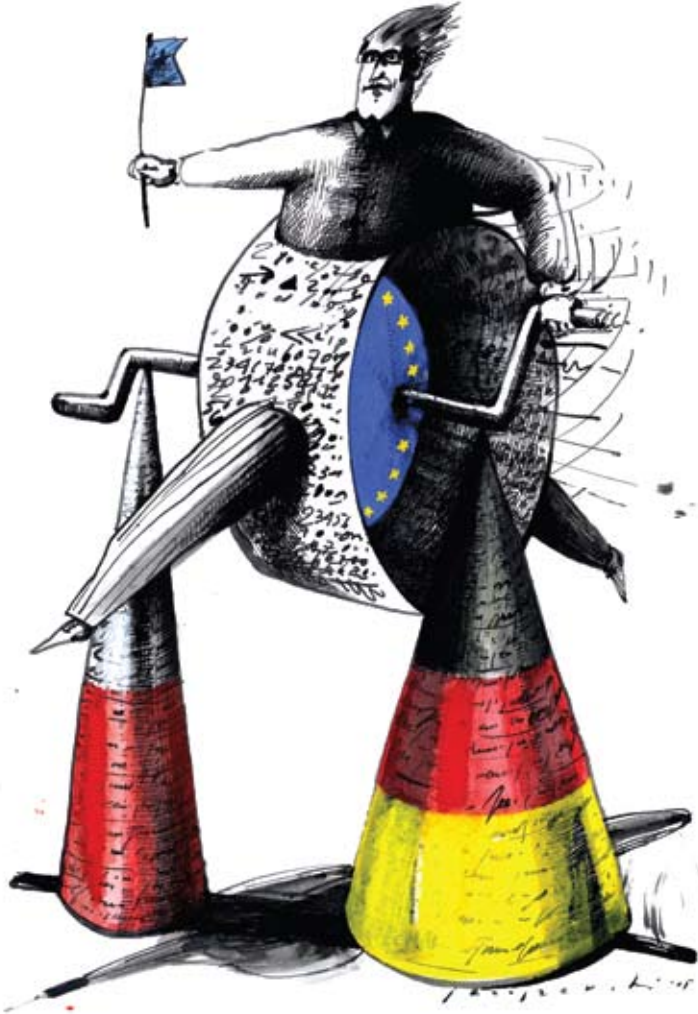




Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Bernhard Vogel



Polen und Deutsche  
Nachbarn, Partner, Freunde

Gemeinsame Werte als Grundlage für die Partnerschaft

**Bernhard Vogel**

# **Polen und Deutsche Nachbarn, Partner, Freunde**

**Gemeinsame Werte als Grundlage  
für die Partnerschaft**



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Warschau, 2007**

**Verantwortlich für die Publikation:**

Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

**Redaktion und Gestaltung:**

Stephan Raabe, Patrycja Medowska

**Übersetzung:**

Hanna Dmochowska, Magdalena Kurkowska, Piotr Żwak

**Korrektur:**

Stephan Raabe (Deutsch)  
Patrycja Medowska (Polnisch)

**Grafik:**

Zygmunt Januszewski, Warszawa

**Fotos:**

Krzysztof Babulewicz, Falk Altenberger, Archiv HDPZ

**Graphische Gestaltung und Satz:**

Julita Grosser, [www.mediakonzept.pl](http://www.mediakonzept.pl)

**Gesamtherstellung:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen  
02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56  
Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 22 848 54 37  
E-mail: [kas@kas.pl](mailto:kas@kas.pl)  
[www.kas.pl](http://www.kas.pl), [www.kas.de](http://www.kas.de)

© Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Poland. ISBN 978-83-86771-32-5

**Vorwort**

Stephan Raabe

Seite 5

**Deutschland 2006 und das deutsch-polnische Verhältnis**

Seite 7

**Christliche Demokratie und Katholische Soziallehre**

Seite 21

**Vom Papst aus Polen zum Papst aus Deutschland**

Die Versöhnung zwischen Polen und Deutschland  
und die Vision Europas in der Perspektive  
von Johannes Paul II. und Benedikt XVI.

Seite 31

**Der Heilige Maximilian Kolbe**

– Schutzpatron der Versöhnung

Seite 43

**Des Glückes Unterpfand?**

Patriotismus ja, Nationalismus nein!

Seite 51

**Personeninfo**

Seite 63

**Bildliche Impressionen**

Seite 63

(im polnischen Teil der Ausgabe)



## Vorwort

*Welchen Weg  
Welchen Weg zu Dir...  
den unerwählten weg  
die armseligen missgestalten pfade  
von jedem ort von dem du rufst  
über das niemals tote gewissen*

Jan Twardowski  
(Deutsch: Ursula Kiermeier)

### Freundschaft um des Guten willen

Der griechische Philosoph Aristoteles unterscheidet drei Arten von Freundschaft: die Freundschaft um des Nutzen, die um der Lust und die um des Guten willen. Die Freundschaft aus Nutzen oder Lust ist für ihn im Grunde egoistisch und halte meist nur kurze Zeit. Nur die Freundschaft um des Guten willen sei dauerhaft und verdiene den Namen eigentlich. In einer solchen Freundschaft, schrieben später die römischen Philosophen Cicero und Seneca, zeige sich eine grundlegende Übereinstimmung in den heiligen wie in den weltlichen Dingen, verbunden mit gutem Willen und Zuneigung.

Ist eine solche wahre Freundschaft zwischen Polen und Deutschen, Deutschen und Polen möglich nach allem, was gewesen ist und die Beziehungen bis heute belastet?

Die hier dokumentierten Reden von Ministerpräsident a.D. Prof. Bernhard Vogel zeugen vom festen Willen zur Partnerschaft und vom steten Bemühen um Freundschaft zwischen Deutschen und Polen um des Guten willen. Es sind freundschaftliche Versuche, die Übereinstimmung in den „heiligen und weltlichen Dingen“ in den Blick zu rücken, mit Zuneigung und gutem Willen. Zudem geben die Vorträge Auskunft darüber, was ein führender Christdemokrat in Deutschland denkt, welche Grundsätze ihn leiten und wie er die aktuelle politische Situation sieht.

Die Beiträge sind entstanden anlässlich von Vorträgen, die Prof. Vogel als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten zwei Jahren in Breslau und Gleiwitz, Kattowitz und Oppeln, in Niepokalanów bei Warschau sowie in Rom und Hannover gehalten hat. Sie spannen den Bogen von Deutschland und dem neuen deutschen Patriotismus hin zu Polen und zum deutsch-polnischen Verhältnis, wobei sie die christlich zu prägende Demokratie, die beiden Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. und den Heiligen Pater Maximilian Kolbe einbeziehen.

Die Vorträge lassen die Freude darüber verspüren, dass wir, Deutsche und Polen, heute zu unserem Glück vereint sind in Europa. Ihre Botschaft ist, den Orientierungen zu folgen, die uns der Heilige Maximilian und die beiden Päpste aus Polen und Deutschland geben. Wir gratulieren mit diesem Buch Herrn Prof. Bernhard Vogel herzlich zu seinem 75. Geburtstag am 19. Dezember 2007.

**Stephan Raabe**

**Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung**

*Warschau, am Fest Allerheiligen, 1. November 2007*

## Deutschland 2006 und das deutsch-polnische Verhältnis

*Rede gehalten im Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz,  
am 30. März 2006*

*und in ähnlicher Weise im Willy-Brandt-Zentrum der Universität Breslau,  
am 31. März 2006*

„Wir gedenken der Vergangenheit, wir denken an die Zukunft“ – so steht es auf der Gedenktafel unterhalb des Sendeturms an der Tarnowitzer Landstrasse.

Als Deutscher Gleiwitz zu besuchen, heißt, sich zunächst daran zu erinnern, dass der Angriff auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann, von Deutschland ausgegangen ist. Dieser Angriff wurde unter anderem durch den am 31. August 1939 von der SS fingierten Zwischenfall in dem hiesigen Rundfunksender propagandistisch vorbereitet. Durch Gleiwitz rollten Güterzüge, in denen Menschen auf kleinstem Raum eingepfercht waren, in das nur rund 60 km entfernte Lager Auschwitz-Birkenau.

1945 trafen Polen aus dem sowjetisch besetzten Lemberg in Gleiwitz ein, darunter die Familie des großen polnischen Dichters Adam Zagajewski. Dieser schreibt: „... im Oktober desselben Jahres kamen wir ... an. Meine Mutter weinte, während sie durch die Straßen ging. Aber man musste hier leben.“ Zur selben Zeit mussten Deutsche Gleiwitz verlassen. Der damals 16jährige Horst Bienek – später „Meisterschüler“ von Bertolt Brecht, 1952 zu 25 Jahren Zwangsarbeit im Gulag verurteilt, 1955 amnestiert und seitdem als Redakteur und Schriftsteller in der Bundesrepublik tätig – war einer von ihnen. Dass seine Romane über die Gleiwitzer Kindheit und das Leben in Oberschlesien ins Polnische übersetzt worden sind, dass hier in Gleiwitz eine Straße den Namen dieses deutsch-schlesischen Schriftstellers trägt, dass der Horst-Bienek-Preis im vergangenen November nicht wie üblich in der Münchener Residenz, sondern, auf Einladung polnischer Leser, in dessen Geburtsstadt verliehen worden ist, sind Zeichen dafür, dass Gleiwitz in der Tat der Vergangenheit gedenkt, aber mehr noch – und noch wichtiger – „an die Zukunft denkt“.

Wir, die Deutschen und die Polen, wollen uns an die hellen, die gibt es nämlich auch, wie auch an die dunklen Kapitel unserer gemeinsamen Vergangenheit erinnern, in Anerkennung der jeweils eigenen Rolle und Verantwortung. Vor allem aber wollen wir an einer besseren Zukunft bauen. Und das kann nur eine gemeinsame Zukunft in Europa sein – als Partner, als Nachbarn, als Freunde.

Johann Wolfgang von Goethe sagt: „Das sicherste Mittel, ein freundschaftliches Verhältnis zu hegen und zu erhalten, finde ich darin, dass man sich wechselseitig mitteile, was man tut.“ Nichts anderes habe ich mir vorgenommen: „Deutschland 2006 und das deutsch-polnische Verhältnis“ – was hat sich in der deutsch-polnischen Politik verändert und was hat sich am deutsch-polnischen Verhältnis geändert?

### **Perspektiven nach dem Regierungswechsel in Deutschland**

Die neue Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel war am 1. März genau 100 Tage im Amt. Seit über 35 Jahren regiert in Deutschland erstmals wieder eine große Koalition aus Christlichen Demokraten und Sozialdemokraten. Das hat zur Folge, dass es eine zahlenmäßig kleine Opposition gibt, die aus drei Fraktionen – den Liberalen, den Grünen und den Linken – besteht. Gewollt haben beide Partner diese große Koalition nicht. Ihr eigentliches Wahlziel haben die beiden Volksparteien verfehlt. Die Sozialdemokraten wollten die Regierung mit den Grünen fortsetzen, die Christlichen Demokraten wollten ein Bündnis mit den Liberalen, den Freien Demokraten. Zu beidem fehlte die Mehrheit. Am Ende blieb nur die Möglichkeit, eine große Koalition zu bilden, weil andere Konstellationen, die beispielsweise ein Zusammengehen von Christlichen Demokraten, Liberalen und Grünen oder ein Zusammengehen von Sozialdemokraten, Linken und Grünen für möglich hielten, sich in dieser Situation als unrealistisch erwiesen. Und weil – Gott sei Dank – die Verantwortlichen an der Spitze der beiden großen Parteien sehr rasch der Notwendigkeit, Deutschland eine stabile, handlungsfähige Regierung zu verschaffen, den Vorrang gaben vor dem Wunsch, das eigene Programm, das man im Wahlkampf vertreten hatte, durchzusetzen. Und so kam ein Koalitionsvertrag zu Stande, der von beiden Parteien Verzicht und Bereitschaft zum Kompromiss verlangte, weil keine Partei alleine über das Koalitionsabkommen entscheiden konnte. Zum Beispiel konnten die Christlichen Demokraten ihr Modell einer zukunftsfähigen, langfristigen Gesundheitsreform nicht durchsetzen und mussten auf eine umfassende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und auf eine er-

neute Diskussion darüber verzichten, ob es richtig sei, sichere Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten und den Strom aus unsicheren Kernkraftwerken jenseits der deutschen Grenzen zu beziehen oder ob es nicht richtiger wäre, die Atomenergie länger zu nutzen. Dies war nicht möglich. Aber trotzdem sind im Koalitionsvertrag auch dringend notwendige Reformen – wie die Sanierung der öffentlichen Haushalte, eine durchgreifende Rentenreform, eine zeitgemäße neue Familienpolitik oder auch die Föderalismusreform – vereinbart worden. Unproblematisch sind große Koalitionen freilich nie. Sie können, wenn man nicht aufpasst, zu Stillstand führen. Es ist durchaus daran zu erinnern, dass Konrad Adenauer 1949 trotz sehr knapper Mehrheit und obwohl die gesamte Öffentlichkeit der Meinung war, in dieser Notsituation brauche man eine große Koalition, diese nicht gebildet hat, sondern Wert auf eine große und starke Opposition in Form der Sozialdemokratie gelegt hat und seine dann einsetzenden – für die Geschichte Deutschlands wegweisenden – Reformschritte ohne den anderen großen Verantwortungsträger im Parlament durchführte.

Die neue Regierung, vor allem die Bundeskanzlerin, hatte bisher einen guten Start. Die Bürger sind, wie alle Umfragen zeigen, mit der Koalition zufrieden. Die Kanzlerin schneidet in Umfragen besser ab, als dies bei Helmut Kohl und Gerhard Schröder nach deren Amtsantritten der Fall war. Ende Januar 2006 erreichte Frau Merkel Zustimmungswerte, die keiner ihrer beiden Vorgänger je erreicht hat. Umfragewerte sind ein flüchtiges Gut, aber man kann durchaus feststellen, dass sich die lange Zeit in Deutschland vorherrschende schlechte Stimmung merklich aufgehellt hat. Es keimt die Hoffnung, dass Deutschland Selbstzweifel, Resignation und Wehleidigkeit überwinden und zu neuen Ufern aufbrechen könnte. Vor allem die Unternehmer sind erwartungsvoll wie lange nicht mehr. Es tut Deutschland ganz offensichtlich gut, dass eine andere Generation jetzt in Berlin die politische Verantwortung trägt: nüchtern, sachlich, weniger vollmundig, weniger ideologisch, weniger pathetisch. Die 68er sind in Pension gegangen, die 89er haben das Ruder übernommen. In beiden Volksparteien stehen jetzt Persönlichkeiten an der Spitze, die im sozialistischen System der DDR aufgewachsen und davon geprägt worden sind, die jahrzehntelange Unfreiheit erlebt und nicht nur darüber philosophiert haben, die wissen, wie wichtig Freiheit ist und die wissen, dass Freiheit Anstrengungen erfordert. So ist es auch verständlich, dass Frau Merkel ihre erste Regierungserklärung mit dem Bekenntnis „Mehr Freiheit wagen“ begonnen und damit für einen neuen Grundakkord in der deutschen Politik gesorgt hat. Dennoch darf niemand Wunder erwarten. Deutschland hat einen langen, mühsamen Weg vor

sich und nicht die Freuden der ersten hundert Tage, sondern die Dürre einer langen Ebene gilt es jetzt zu bewältigen. Wir werden nur Schritt für Schritt vorwärts kommen, zumal wir erhebliche Probleme zu schultern haben.

Deutschland hat fünf Millionen Arbeitslose. Wenn man alle, die sich in Beschäftigungsgesellschaften, in Fortbildungsmaßnahmen und in Vorruhestandsmaßnahmen befinden, hinzurechnet, ergibt das sieben bis acht Millionen Menschen ohne Arbeit und ohne eigenes Einkommen. Unsere Sozialsysteme kommen daher in große Schwierigkeiten und Zukunftsinvestitionen werden verhindert. Deutschland gibt inzwischen ca. ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts für soziale Leistungen aus. Die Neuverschuldung ist in einem Maße gestiegen, das nicht nur bedrückend für die junge Generation ist, sondern das zunehmend Schwierigkeiten in Brüssel verursacht und die Verabschiedung verfassungsgemäßer Haushalte erschwert. Die Wachstumsraten bleiben im internationalen Vergleich zurück. Deutschland schaffte 2005, also im letzten Jahr, gerade einmal ein Wachstum von 0,9 Prozent und liegt damit am unteren Ende der europäischen Länder – nur Italien und Portugal stehen schlechter da als wir. Die Wachstumsraten Polens liegen bei 3,2 Prozent, Tschechiens bei 6,2 Prozent. Das ist beeindruckend und erregt langsam Neid. Dennoch bleibt es richtig, dass Deutschland – als die größte und bevölkerungsreichste Volkswirtschaft in Europa – durch sein anhaltend geringes Wachstum nicht nur seine eigenen, sondern auch die Entwicklungschancen seiner Nachbarn negativ beeinträchtigt. Zu Recht weist Irena Lipowicz, die Koordinatorin der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, darauf hin: „Die Wirtschaft in Deutschland, unserem größten Handelspartner, ... ist keine innere Angelegenheit der Deutschen.“ Es ist eine europäische Angelegenheit. Die deutsche Wirtschaftsschwäche schadet nicht nur uns selbst. Wenn wir die Stabilitäts- und Wachstumskriterien nicht einhalten, gefährden wir mittelfristig die Währungsstabilität im Euro-Raum. Die neue deutsche Bundesregierung muss sich vor allem an ihrem Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit messen lassen. Die Arbeitslosigkeit kann aber nur sinken, wenn wir in Deutschland zu mehr Wachstum kommen. Das selbstbewusste Ziel lautet, die Bundesrepublik binnen der nächsten zehn Jahre wieder zu einem der drei wachstumsstärksten Länder Europas zu machen und ab 2007 die Maastricht-Kriterien wieder einzuhalten. Erste Schritte zur Umsetzung dieser Ziele hat die Bundesregierung in Angriff genommen. Beispielsweise ist für 2006 ein Haushalt aufgestellt worden, der unter anderem die Mehrwertsteuer ab dem ersten Januar nächsten Jahres von 16 auf 19 Prozent erhöht. Dadurch entsteht finanzieller Spielraum, um zeitgleich den Beitrag der Arbeitslosenver-

sicherung um zwei Punkte senken zu können, wodurch die Nettolöhne der Arbeitnehmer steigen. Große Brocken sind aus dem Weg zu räumen, wozu die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre ab 2012 beitragen soll. Leider regen sich gerade die Nicht-Betroffenen darüber am meisten auf. Für den Zeitraum ab 2012 sind bislang einige Pflöcke zur Stabilisierung der Rentenbeiträge eingeschlagen worden. Um bei der höchst umstrittenen Reform des Gesundheitswesens und der Pflegeversicherung voran zu kommen, hat sich das Bundeskabinett einen Zeitplan gegeben. Das ist eine ganz schwierige Aufgabe, weil die Vorschläge der beiden Koalitionsfraktionen einander vor der Koalitionsbildung diametral widersprechen und es nicht einfach werden, daraus eine Gemeinsamkeit zu entwickeln. Die für die Föderalismusreform entscheidenden Beratungen haben im Bundestag und im Bundesrat begonnen. Wenn sie gelingt, wird es zur größten Staatsreform in der Geschichte der Bundesrepublik seit Beschluss des Grundgesetzes kommen. Dieser Reform liegt der Grundsatz zugrunde, dass die Bevölkerung wissen soll, wer für was verantwortlich ist, damit nicht der Eindruck entsteht, dass jeder für alles, also keiner für etwas verantwortlich sei. Dabei soll das Prinzip gelten: „Wer anschafft, der zahlt.“ Dadurch soll erreicht werden, dass die Zahl der Gesetze, die nicht nur der Zustimmung des Bundestages, sondern auch des Bundesrates bedürfen, erheblich sinkt.

„Eine Koalition ist das Kunststück, den rechten Schuh auf dem linken Fuß zu tragen, ohne Hühneraugen zu bekommen“, hat einmal der französische Politiker Guy Mollet gesagt. Bislang ist dieses Kunststück bemerkenswert gut gelungen. Das stellen sogar Presseorgane fest, die gemeinhin zu widersprechen pflegen. Wir haben gerade den Landtagswahlkampf in drei deutschen Ländern hinter uns. Über zwölf Millionen Deutsche haben am letzten Sonntag gewählt. Natürlich war das auch nicht ohne Folgen für die Koalition in Berlin. Die Ergebnisse haben die Koalition gestärkt. Beide Koalitionspartner haben Siege zu verzeichnen. Die Union in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt und die SPD in Rheinland-Pfalz. Die Grünen haben einen weiteren Landtag, nämlich den von Rheinland-Pfalz, nicht mehr erreicht, die FDP hat zwar in zwei der drei Länder an Stimmen zugelegt, ist aber zugleich in zwei der drei Länder aus der Regierung ausgeschieden. Wichtiger – auch über die Grenzen Deutschlands hinaus – ist, dass der Erfolg der Radikalen ausgeblieben ist. Es haben zwei Länder gewählt, die einen hohen radikalen Anteil hatten – Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. In beiden Ländern liegen die Ergebnisse der Radikalen weit unter fünf Prozent und ebenso ist es der Nachfolgepartei

der SED, der PDS, nicht gelungen, in zwei westdeutschen Landtagen Einzug zu halten. Bedenklich ist die erstaunlich niedrige Wahlbeteiligung insbesondere in Sachsen-Anhalt. Allerdings gehöre ich nicht zu denen, die daraus voreilige Schlüsse ziehen. Immerhin hat dieselbe Bevölkerung vor wenigen Monaten bei der Bundestagswahl eine Wahlbeteiligung von über 71 Prozent gehabt und im Übrigen ist natürlich verständlicherweise mit einer großen Koalition ein Stück der Spannung und des Aufeinanderprallens der beiden großen Parteien abgebaut. Für mich, obwohl ich die geringe Wahlbeteiligung bedauere, verbirgt sich dahinter auch eine gewisse Normalisierung und eine gewisse Minderung des sehr hohen Aufregungsstandards der letzten Monate. Es hat sich ein gewisser neuer Stil breit gemacht, auch im Umgang miteinander. Es wäre erfreulich, wenn sich das erhalten sollte. CDU, CSU und SPD haben den Wunsch artikuliert, am Grundsatzprogramm zu arbeiten, der Gefahr, in einer großen Koalition an Profil zu verlieren, Vorschub zu leisten und gleichzeitig Konsequenzen aus den Wahlergebnissen zu ziehen, die für die beiden großen Parteien ausgesprochen negativ waren. Seit 1949 hatten die beiden Parteien zusammen nicht mehr so wenig Stimmen wie am 18. September 2005.

### **Neujustierung der Außenpolitik**

Deutschland 2006 – die deutsche Politik geht neue Wege in der Innen- wie auch in der Außenpolitik. Die Bundeskanzlerin hat das Feld der Außenpolitik sehr schnell für sich besetzt – schneller und entschiedener als seinerzeit ihr Amtsvorgänger – und hat nach Meinung aller deutschen Kommentatoren dabei eine gute Figur gemacht. Fast im Handstreich ist es ihr gelungen, das zuletzt in Unordnung geratene Koordinatensystem deutscher Außenpolitik wieder zurechtzurücken. Natürlich ist sie, wie schon Helmut Kohl und alle Vorgänger, zunächst nach Paris gereist. Die exzellenten deutsch-französischen Beziehungen müssen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene fortgeführt werden. Das ist auch im Interesse der anderen Länder. Deutsch-französische Gemeinsamkeit und nicht deutsche Gefolgschaft ist gefragt. Deutschland und Frankreich müssen der Motor Europas bleiben, aber sie dürfen niemanden ausgrenzen, sie dürfen kein Direktorium bilden, sondern müssen im Dialog und im Schulterschluss mit den anderen europäischen Staaten, vor allem mit Polen, als dem mit Abstand größten Partner unter den neuen Beitrittsländern, vorangehen. Kein Land in Europa darf an den Rand gedrängt oder bevormundet werden. Die Absicht, Deutschland wieder zum Partner und Anwalt der kleineren Mitgliedsländer der EU zu machen, ist ausdrücklich in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden.

Europa ist nach unserer Überzeugung ohne die USA nicht zu einigen. Das transatlantische Bündnis darf nicht gefährdet werden und deswegen ist Frau Merkel nach Washington und auch nach Moskau gereist. In den Vereinigten Staaten sprach sie von Freundschaft, in Russland von Partnerschaft. Deutschland muss Russland seine Aufmerksamkeit widmen, aber der Weg dorthin führt über Warschau und Kiew und nicht per Schiff über die Ostsee. Vor der Moskaureise der Kanzlerin war die polnische Regierung durch den deutschen Botschafter in Warschau über die Gesprächsthemen informiert und ist nachher über die Ergebnisse unterrichtet worden. Über ein Fortkommen im Kosovo, dessen Status noch ungeklärt ist, oder die russisch-europäisch-amerikanische Kooperation in der Terrorbekämpfung und im Kaukasus ist in Moskau verhandelt worden. Neu war das nicht. Neu war, dass sich Frau Merkel anschließend in der Residenz des deutschen Botschafters mit Vertretern der „Soldatenmütter“ und russischer Menschenrechtsorganisationen traf. Anfang Februar empfing sie Alexander Milinkiewitsch – den Führer der demokratischen Opposition in Weißrussland – in Berlin zu einem Gespräch. Es kann nicht ohne Folge bleiben, insbesondere für eine europäische Ostpolitik, dass eine Frau deutsche Bundeskanzlerin ist, die eine Diktatur durchlebt hat. Und selbstverständlich war die Bundeskanzlerin in Polen, noch bevor sie in die USA und nach Russland gereist ist. Dies ist ein Signal dafür, dass Polen und damit die ostmitteleuropäischen Staaten mehr und neue Beachtung verdienen. Das hat sich übrigens auch bei den Finanzverhandlungen des Europäischen Rates im Dezember in Brüssel gezeigt, wo Frau Merkel von Anfang an deutlich gemacht hat, dass sie nicht allein deutsche, sondern auch die Interessen der östlichen Nachbarn berücksichtigen will. Ihre Haltung und ihre Vermittlerrolle beim Zustandekommen des Kompromisses hat der polnische Ministerpräsident ausdrücklich „als sehr schöne und wunderbare Geste der Solidarität“ gewürdigt.

### **Das Wunder der deutsch-polnischen Versöhnung**

„Wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert, destabilisiert der Osten den Westen“, hat Vaclav Havel einmal gesagt und von dieser Erkenntnis müssen wir uns leiten lassen. Das Denken in Nettosalen ist schädlich für Europas Zukunft, das europäische Gesamtinteresse muss auch bei den EU-Finzen im Mittelpunkt stehen – nicht nur das nationale Interesse. Die Position der deutschen Bundesregierung in Brüssel war auch ein Beitrag zur Verbesserung des in den letzten Jahren eingetrübten deutsch-polnischen Verhältnisses. Beide Regierungen, in Berlin wie in Warschau, sind neu ins Amt gewählt und



beide haben sich auf ihre Weise entschlossen gezeigt, den Regierungswechsel als Chance für einen Neuanfang zu nutzen.

Erste Schritte sind getan. Nach dem Berlin-Besuch des neuen polnischen Präsidenten Anfang März bestand unter Beobachtern Einigkeit darüber, dass die Meinungsverschiedenheiten zwar nicht ausgeräumt, dass aber Vertrauen zurückgewonnen ist. Der Weg ist frei, um in strittigen Fragen nach Lösungen zu suchen. Die neue Bundesregierung gibt das deutsch-russische Pipeline-Projekt natürlich nicht auf, denn sie muss nach dem Grundsatz „Pacta sunt servanda“ handeln. Wo kämen wir hin, wenn wir in der Außenpolitik, übrigens auch in der Innenpolitik, davon abgingen? Aber die deutsch-russische Zusammenarbeit in Energiefragen wird sich nicht neben der EU entwickeln und schon gar nicht gegen die EU und die europäischen Nachbarn richten, sondern sie erfolgt in enger Abstimmung mit den Partnern. Die von der Bundeskanzlerin vorgeschlagene und kürzlich eingerichtete deutsch-polnische Arbeitsgruppe, die den Bau der Ostsee-Pipeline begleitet und die polnische Seite einbindet, ist ein Fortschritt. Die Diskussion um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin – bereits die Wahl des Begriffes ist Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen – hat zuletzt ebenfalls das deutsch-polnische Verhältnis belastet. Auch hier gibt es Fortschritte. Präsident Lech Kaczyński hat zum Abschluss seines Deutschlandbesuches erklärt: „Wir gehen jetzt über in die Zeit eines intensiven Dialogs“, und er schloss darin ausdrücklich weitere Gespräche zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein – zunächst einmal auf Fachebene. Lassen Sie uns bitte versuchen, eine sachliche, unvoreingenommene und konstruktive Debatte darüber zu führen, wie wir das Thema Vertreibungen in einem europäischen Rahmen aufarbeiten können. Mit der Danziger Erklärung aus dem Jahr 2003 haben die Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Johannes Rau dafür die Grundlagen gelegt: „Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.“

Es vergesse niemand, dass der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausgegangen ist, die Geschichte darf nicht umgeschrieben werden und vor allem das Leid der polnischen Bevölkerung unter dem Nationalsozialismus darf nicht vergessen, darf nicht relativiert und darf nicht in Frage gestellt werden.

Die deutsch-polnische Aussöhnung nach dem Krieg hält genügend Beispiele bereit, wo so etwas gelungen ist. Man darf, gemessen an den Anfangserwartungen, ruhig von einem Wunder der deutsch-polnischen Freundschaft sprechen. Sie ist auch durch solche Fragen, wie ich sie gerade angeschnitten habe, nicht mehr in Frage zu stellen. Im vergangenen Jahr war es 40 Jahre her, dass polnische Bischöfe in einem bewegenden Brief an die deutschen Bischöfe erklärten, dass sie Versöhnung gewähren und um Verzeihung bitten und 40 Jahre ist es her, dass die deutschen Bischöfe geantwortet haben: „Mit brüderlichem Geist ergreifen wir die dargebotenen Hände.“ Vor 25 Jahren ist auf der Lenin-Werft in Danzig Entscheidendes geschehen. Über dem Podium bei der Festveranstaltung vor ein paar Monaten mit Lech Wałęsa, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung und ich eingeladen waren, stand in großen Lettern „Today was born in Gdańsk“ – die Gegenwart ist in Danzig geboren worden. Ohne die Solidarność, ohne die Wahl eines Polen zum Papst hätte das Ende der Teilung Europas in Freiheit und Frieden nicht so und sicherlich nicht zu diesem Zeitpunkt stattgefunden. Ohne das mutige und freiheitsliebende Polen hätte es keine deutsche und keine europäische Wiedervereinigung gegeben. Am 1. Mai ist Polen seit zwei Jahren Mitglied der Europäischen Union. Jeder weiß, dass Deutschland wohl der engagierteste Befürworter des Beitritts gewesen ist. Ein paar Wochen später besucht der deutsche Papst als Nachfolger Johannes Pauls II. Polen. Wir feiern am 17. Juni 15 jähriges Bestehen des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrags. Ein deutsch-polnisch-dänisches Korps wird 2007 die Führung der ISAF in Afghanistan übernehmen.

Fakten, die unvorstellbar waren. Bischof Nossol hat einmal in einer Veranstaltung gesagt: „Einen Polen zum Papst und einen Deutschen als Nachfolger zum Papst zu haben, dass können nicht Kardinäle fertig bringen, dazu braucht es schon des Heiligen Geistes selbst.“ Es ist unvorstellbar gewesen, aber es ist erfreulich, dass es Realität ist. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk, von Angela Merkel – damals Ministerin für Jugend und Frauen unter Helmut Kohl – initiiert und mitgegründet, verzeichnet seit 1993 fast 1,5 Millionen Teilnehmer am Jugendaustausch und über 400 Städte jenseits und diesseits der Neiße sind durch Partnerschaften verbunden. Die Organisatoren des deutsch-polnischen Jahres erwarten bis zu seinem Abschluss Ende Mai insgesamt 1500 Veranstaltungen. Wirtschaftspolitisch ist Deutschland bedeutendster Handelspartner Polens. Polen ist mittlerweile immerhin der zehntwichtigste Partner Deutschlands. Deutsche Unternehmen haben inzwischen rund sieben Milliarden

Euro in Polen investiert und polnische Unternehmer beginnen ihrerseits in Deutschland zu investieren. Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die gelegentlich auftreten – die deutsch-polnischen Beziehungen ruhen auf einem sicheren Fundament, auf dem sich für die Zukunft bauen lässt.

### **Gemeinsame Herausforderungen in Europa**

Dabei ist Polens europäische Mission noch nicht zu Ende. Die „orangene Revolution“ in der Ukraine hat fortgesetzt, was in Danzig begann, zumal an ihrem erfolgreichen Ausgang polnische Unterstützung nicht unbeteiligt war. Deutsche und Polen müssen jetzt gemeinsam dazu beitragen, dass die Ukraine ihren Platz in Europa findet, dass in der Ukraine Freiheit und Demokratie gewahrt bleiben. Die ukrainischen Parlamentswahlen ermutigen erfreulicherweise mehr als die Vorhersagen der Pessimisten. Deutschland will seine Beziehungen zur Ukraine ausbauen und gemeinsam mit seinen europäischen Partnern nach Kräften die Demokratisierungsprozesse in der Ukraine unterstützen. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung ist dort tätig und unterstützt diese Prozesse mit ihren Mitteln und nach ihren Kräften. Nur sagt die deutsche Seite anders als die polnische, wir seien noch nicht an dem Punkt angelangt, wo wir versprechen können, dass es eine sichere, gar mit einem Zeitpunkt konkretisierte EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine gäbe. Ausgeschlossen ist sie natürlich nicht. Die Wahlen in Weißrussland sind nach Angaben der OSZE weder frei noch fair verlaufen. Die EU hat die sofortige Freilassung der Oppositionellen verlangt und Sanktionen gegen die weißrussische Führung angekündigt. Die kontinuierlichen und tapferen Bemühungen der Opposition, die Sache der Demokratie unter außergewöhnlich schwierigen Umständen voranzubringen, sollten weiterhin europaweite Unterstützung erhalten, auch wenn die Situation in Weißrussland weit schwieriger ist als in der Ukraine. Das darf aber kein Grund sein, in unserer Unterstützung nachzulassen. Es gilt, in Europa und in der gesamten Welt darauf zu achten, wie es in Weißrussland weitergeht. Das Interesse an Weißrussland darf nicht nachlassen, damit die dortige Führung Oppositionelle nicht ungestört verfolgen kann, nachdem die internationale Aufmerksamkeit nach den Wahlen abnimmt. Demokratisierung und Stabilisierung des europäischen Ostens liegt im gemeinsamen polnischen und deutschen Interesse. Aber nur ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU wird der Sache förderlich sein. Die Erfahrungen in der Ukraine haben uns gezeigt: Polens Vermittlung konnte erfolgreich sein, weil es die Unterstützung der Europäischen Union gab. Wir brauchen ein starkes und vereinigt Europa, um unser Ziel

zu erreichen. Die Fundamente Europas sind gelegt, aber das Haus Europa ist noch nicht wetterfest. Es ist nicht sicher, ob es in der Lage sein wird, den Stürmen der Zukunft Stand zu halten.

Wir müssen klären, wie es mit der Europäischen Verfassung weitergehen soll. Ich kenne die skeptische Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Vertragsentwurf, aber der polnische Präsident hat in Berlin Bereitschaft erklärt, sich an der Diskussion zu beteiligen. Und zu dieser Diskussion gehört für mich immer auch, die Frage noch einmal aufzuwerfen, warum sich diese Verfassung nicht zum Bezug zu Gott bekennt, wie es beste abendländische Tradition ist, wie es in Deutschland im Grundgesetz steht und wie es vielleicht noch besser in der polnischen Verfassung formuliert ist. Darüber sollte weiter geredet werden!

Als direkte Nachbarn in Europa stehen Deutsche und Polen heute vor großen gemeinsamen Herausforderungen. Es geht darum, unsere Länder „fit zu machen“ für das neu begonnene XXI. Jahrhundert, das uns mit der Globalisierung von Wirtschaft und Politik, mit Wanderungsbewegungen, mit Terrorismus vor völlig neue Aufgaben stellt und das in beiden Ländern grundlegende Reformen nötig macht – vor allem, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, den Sozialstaat abzusichern und, angesichts knapper Kassen, den Staat effizienter zu organisieren. Wie wir das in Deutschland angehen, habe ich geschildert. Polen hat zudem, trotz großer Erfolge in der Entwicklung der letzten 16 Jahre, noch einen nicht leichten Weg vor sich bis zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse an den europäischen Durchschnitt. Außerdem geht es um die Form und Gestaltung der Europäischen Union und dabei spielt Polen eine bedeutende Rolle. Europa und der Nachbar Deutschland bauen auf den konstruktiven Beitrag Polens, wenn es etwa um das Einbringen der historischen Erinnerungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und Kommunismus und der Erfahrungen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses geht, um europäische Ostpolitik und die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen und wenn es sich um die notwendigen Strukturreformen zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit der erweiterten Union handelt.

### **Kooperation und Partnerschaft**

In der Innenpolitik, wie in der Europa- und Außenpolitik und natürlich in der Wirtschaftspolitik als einem wichtigen Sektor, gibt es bei näherem Hinsehen viele Chancen der Zusammenarbeit, viele gemeinsame Aufgaben und viele

gemeinsame strategische Interessen. Deutschland will die Kooperation und Partnerschaft mit Polen. Parteipolitisch ist meine Partei, die Christlich Demokratische Union, in Polen und im Europäischen Parlament bekanntlich mit der PO verbunden. Angela Merkel hat das durch ihren Besuch im Wahlkampf im letzten Sommer in Polen und ihren gemeinsamen öffentlichen Auftritt mit Donald Tusk vor dem Denkmal des Warschauer Aufstandes deutlich gemacht. Natürlich haben wir auch unseren Partnern bei der PO – wie das bei demokratischen Wahlen üblich ist – die Daumen gehalten. Leider hat es trotz eines guten Abschneidens nicht gereicht. Somit befindet sich die PO in der Opposition. Eine große Koalition wie in Deutschland ist bisher nicht möglich geworden, obwohl sich das offensichtlich viele polnische Wähler vorstellen könnten. Jetzt steht die ebenfalls konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in der Regierungsverantwortung. Dabei beobachten wir von außen und aus Distanz mit einer gewissen Skepsis, inwieweit die eher populistischen Parteien – die die Minderheitsregierung der PiS unterstützen und die die Mitgliedschaft in der EU abgelehnt haben – in der jetzigen Konstellation in Polen Einfluss gewinnen und welchen politischen Weg man einschlagen wird. Das könnte die Zusammenarbeit in Europa erschweren. Man macht sich natürlich auch in Deutschland Gedanken, wenn der Parteivorsitzende der PiS in einem Interview Ende Januar in einer großen polnischen Zeitung erklärt: „Wir können uns eine Koalition mit der 'Selbstverteidigung' nicht leisten. Die Zusammensetzung der polnischen Regierung würde sonst zum Hauptproblem Polens in den internationalen Beziehungen.“ Das könnte in der Tat zu einem kritischen Punkt werden. Andererseits gibt es auch zwischen der CDU und der PiS programmatische Gemeinsamkeiten, zum Beispiel die christlich-soziale Grundorientierung. Auch hier sollten die Kontakte gepflegt werden. Die neuen Regierungen haben durch die Besuche der Bundeskanzlerin in Warschau und des polnischen Präsidenten in Berlin die Zusammenarbeit bereits begonnen. Diese Zusammenarbeit soll zum Wohle beider Nachbarn nach Möglichkeit ausgebaut und intensiviert werden.

Der unvergessene polnische Papst war davon überzeugt, dass es Gottes Wille war, der Polen und Deutsche zu Nachbarn gemacht hat. Dies in den Herzen zu tragen und danach zu handeln, wäre unser Auftrag. Dann können wir das Wunder der deutsch-polnischen Versöhnung und der deutsch-polnischen Freundschaft auch in der Zukunft fortsetzen – mit Mut, mit Zuversicht, mit der Fähigkeit unsere Interessen zu formulieren, aber auch mit der Gelassenheit die Interessengegensätze, wo sie vorkommen, auszuhalten.

Dabei sollten wir uns gelegentlich an die Parole der polnischen Solidarność-Bewegung erinnern: „Ohne Solidarität keine Freiheit.“ Und wenn es auch einmal schwierig wird, so schwierig, wie es einmal gewesen ist, wird es mit Sicherheit in den vor uns liegenden Jahrzehnten nie. Und ich wünsche denen, die dann zu handeln und zu entscheiden haben, den Mut, sich gelegentlich daran zu erinnern, sich am Riemen zu reißen und zu sagen: „Wenn unsere Väter und unsere Mütter, Großväter und Großmütter nicht verzweifelt sind vor ihren Aufgaben, dann haben wir kein Recht, vor den heutigen Aufgaben zu verzweifeln.“ Im Gegenteil: Dann haben wir die Pflicht der jungen Generation zu sagen, bei aller Einsicht, welche Probleme wir haben: „Ihr habt es nicht leicht, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, ihr habt es nicht leicht, einen Arbeitsplatz zu finden. Einen Partner oder eine Partnerin zu finden, ist auch nicht leicht, und ob ihr eine Rente bekommt, die sicher ist, ist auch noch fraglich. Nur eines ist gewiss: Von den Zwanzigjährigen heute in Deutschland, Frankreich, Polen oder anderswo in Europa wird mit Sicherheit nicht die Hälfte vor dem 25. Geburtstag auf irgendeinem Soldatenfriedhof in Polen, Deutschland, Frankreich oder sonst wo ihr Leben beendet haben.“

Dass Frieden ist, dass so etwas, wie es in der Generation der Väter und Großväter möglich war, sich nicht wiederholen wird, ist der eigentliche Sinn, warum wir an Europa arbeiten. Europa ist ein anderes Wort für Frieden. Dass dazu das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit hier in Gleiwitz einen wesentlichen Beitrag leisten möge, ist mein ausdrücklicher Wunsch!

# Christliche Demokratie und Katholische Soziallehre

*Rede an der Theologischen Fakultät der Universität Oppeln,  
am 31. März 2006  
und ähnlich an der Theologischen Fakultät der Universität Kattowitz,  
am 30. März 2006*

Ich freue mich besonders darüber, in Ihrer Diözese zu Gast zu sein, verehrter Erzbischof Nossol. Sie haben als einer der herausragenden Vermittler zwischen Deutschland und Polen immer wieder entscheidende Akzente gesetzt. Es stimmt, was der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, erst vor einigen Tagen (während der Verleihung des rheinland-pfälzischen Verdienstordens) in Mainz über Ihr beispielgebendes Wirken gesagt hat: „Schon früh hat Erzbischof Nossol Brücken der Verständigung und der Aussöhnung zwischen der deutschen Minderheit und der polnischen Mehrheit in der oberschlesischen Diözese gebaut und in hervorragender Weise zu einem versöhnten und fruchtbaren Zusammenleben von Polen und Deutschen beigetragen. Er hat in seiner eigenen Biografie die Zerrissenheiten und die Unversöhnlichkeit erlebt. Er hat vor allem zwischen unseren Ländern in einzigartiger Weise bei der Versöhnung mitgearbeitet und sie über den berühmten Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 hinaus in unsere Generation mit Leben erfüllt.“ Vor allem aber hat Bischof Nossol erheblich dazu beigetragen, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung schon sehr früh enge und vertrauensvolle Kontakte nach Polen knüpfen konnte. Zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden Bruno Heck haben Sie, verehrter Herr Erzbischof, wichtige Grundlagen für unsere Zusammenarbeit gelegt. Grundlagen, die mit dem heutigen Thema in einem engen Zusammenhang stehen. Schon im Februar 1985 – also vor über 20 Jahren – haben wir in Sankt Augustin die erste deutsch-polnische Konferenz der Stiftung veranstaltet. Dabei ging es um die Sozialzyklika Papst Johannes Pauls II. „Laborem Exercens“. Ein Jahr später fand im Gästehaus der Universität Lublin die 2. Konferenz zum Thema „Entwicklung und Subsidiarität. Deutsch-polnisches Gespräch über Wirtschaft und Gesellschaft im Lichte der christlichen Sozialethik“ statt. Ich habe mich deshalb auch sehr über das Thema gefreut, das

Sie mir gestellt haben: Nicht nur weil die christliche Soziallehre in unseren beiden Ländern von brennender Aktualität ist, nicht nur weil wir nach den Regierungswechseln in Deutschland und in Polen neue Chancen und Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit haben, eine Zusammenarbeit auf dem stabilen Fundament der Werte, die für unsere Staaten konstituierend sind: der Würde der Person, der Achtung der Menschenrechte, von Rechtsstaat und Demokratie, von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität. Ein Vortrag zu diesem Thema hat in Polen auch deshalb viel Sinn, weil es ein Pole war, der in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis in dieses Jahrhundert hinein die katholische Soziallehre weiterentwickelt und geprägt hat wie kaum ein anderer. Der unvergessene Papst Johannes-Paul II. hat nicht allein als „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl), als Impulsgeber für die friedlichen europäischen Revolutionen, als einer der wichtigsten Wegbereiter einer engen Solidarität zwischen west- und mitteleuropäischen Staaten gewirkt. Er war es, der bei seiner Amtseinführung 1978 die entscheidenden Worte sprach, an die es sich ein Jahr nach seinem Tod zu erinnern lohnt: „Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts. Habt keine Angst!“ Visionäre Sätze, die aus heutiger Perspektive das Fanal für den Aufbruch zunächst der Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ und dann für die Freiheit der Völker Mitteleuropas waren. Er hat den Menschen Mittel- und Osteuropas ein tragfähiges Gedankengebäude für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung ihrer Länder an die Hand gegeben. Der sozialistischen Nomenklatura allerdings hat er – spätestens nach seinem ersten Besuch in seiner polnischen Heimat – mit eben diesem entschlossenen Vertreten der katholischen Soziallehre Schlaflosigkeit und Unruhe bereitet.

### **Die Kirche muss die Zeichen der Zeit erkennen**

Mehr als 150 Jahre vorher – 1848, also in dem Jahr, in dem Karl Marx das „Kommunistische Manifest“ veröffentlichte – erkannte der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, wie überragend wichtig die Lösung der drängenden sozialen Fragen war: „Wollen wir die Zeit erkennen, so müssen wir die soziale Frage begreifen. Wer sie begreift, erkennt die Gegenwart, wer sie nicht begreift, dem ist die Gegenwart unbegreiflich.“ Auch heute gilt: Die Kirche muss die Zeichen der Zeit erkennen und sich den realen Lebensverhältnissen der Menschen stellen und helfen, ihre Probleme zu lösen. Das Christentum ist keine Religion, die den Himmel auf Erden verspricht. Leid und Schmerz sind Bestandteile menschlicher Existenz. Nicht vom Leiden, sondern durch sein Leiden hat uns

Christus erlöst! Doch bedeutet das nicht, dass wir sorglos die Armen in ihrer Armut belassen dürften, Ungerechtigkeit und Ausbeutung dulden dürften, Schmerzen und Leid nicht heilen oder wenigstens lindern müssten.

Kein Mensch darf allein gelassen werden. Krankenfürsorge, Armenfürsorge oder Bildung und Erziehung waren kirchliche Aufgaben – lange bevor sich der Staat ihrer annahm. Seit jeher versucht die Kirche, mit ihrer Tätigkeit auf die Nöte der Welt und der Menschen einzugehen. Dennoch war die Enzyklika „Rerum novarum“, von Leo XIII. 1891 ein neuer und zukunftsweisender Ansatz. Sie stellte – angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche der Industriellen Revolution und des aus ihr hervorgegangenen Massenelements – ausdrücklich die Frage nach der dem Menschen angemessenen Gestaltung der sozialen Lebenswelt. Sie war das Grunddokument der in zahlreichen Enzykliken fortgeschriebenen Katholischen Soziallehre. Eine perfekte Gesellschaft verheißt sie nicht. Sie bleibt sich der Grenzen menschlichen Handelns und Planens bewusst. Ein Kriterium ist nach einem Augustinus-Wort: Diese Welt, auch nicht die politische, soll der Mensch nicht „anbeten“, sondern „pflügen“. Ein pragmatisches und realistisches Element prägt ihre Herangehensweise, nicht zuletzt weil sie sich auf die „Vernunftsnatur“ des Menschen beruft. „Opium für's Volk“ sind in Wahrheit die gleichzeitig entstandenen, wirklichkeitsblinden Gesellschaftsutopien und irdischen Heilslehren wie der Marxismus. Der katholischen Soziallehre geht es darum, erkennbar zu machen, worin ein den einzelnen und die Gesellschaft verbindendes Gemeinwohl liegt, das zu verwirklichen uns sittlich aufgetragen ist und das zu jeder Zeit neu zu bestimmen ist.

Weder unumstößliche Doktrinen, noch konkrete Handlungsanweisungen für Politiker hält sie bereit. Sondern sie leitet aus dem christlichen Wert- und Sinnhorizont sozialetische Grundprinzipien ab, die helfen sollen, eine Gesellschaft zu formen, in der der Mensch seiner menschlichen Natur und ewigen Berufung entsprechend und – so weit wie es möglich ist – ohne Leid und Nöte leben kann.

In der Überzeugung, dass es vorgegebene Werte gibt, unterscheidet sie sich von einem wertneutralen Liberalismus – ebenso wie vom Marxismus, der die Gesellschaft vergöttert, den Menschen zum Instrument eines gesellschaftlichen Organismus degradiert und nicht den Gott verpflichteten Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die individuelle Freiheit ist Gott gegeben und Gott gebunden, sie ist Ausdruck menschlicher Würde und wird nicht vom

Staat verliehen. Der Mensch kommt vor dem Staat, nicht der Staat vor dem Menschen. Der zentrale Unterschied zwischen der katholischen Soziallehre und der Ideologie des Sozialismus liegt folglich darin, dass es ihr niemals um Gleichmacherei geht, sondern immer zugleich um verantwortete Freiheit, Gerechtigkeit und um Solidarität und Subsidiarität geht. Der Freiheit kommt zentrale Bedeutung zu, doch ist sie kein absoluter Wert. Sie erwächst aus der menschlichen Würde und findet folgerichtig dort ihre Grenze, wo sie die Würde des anderen Menschen bedroht, wo die Rechte der anderen beginnen. Die christliche Soziallehre lehnt einen zügellosen Kapitalismus ab, und sie bekämpft den Sozialismus. Sie wählt einen dritten Weg: Sie hält einen gerechten Ausgleich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für möglich und notwendig. Nicht die klassenkämpferisch geballte Faust, die ausgestreckte Hand ist ihr Symbol! Die Soziallehre Leos XIII. fand weithin Beachtung. Ihre Wirkung reicht bis zum heutigen Tag. Mitglieder von katholischen Sozialverbänden und Initiativen wenden sich aktiv gegen soziale Not und geistige wie materielle Armut. Sozialethiker im Bildungs- und Hochschulbereich, aber auch Angehörige des Episkopats – Erzbischof Nossol ist dafür ein herausragendes Beispiel – beteiligen sich intensiv am Prozess der sozialetischen Urteilsbildung und Handlungsorientierung. Sie führten zur Gründung christlicher Bewegungen und Parteien.

### **Leitlinien christlicher Demokratie**

Die Prinzipien der christlichen Soziallehre sind in der pluralistischen Gesellschaft von heute ein allgemein zur Verfügung stehendes Gut. Keine Partei oder politische Richtung darf sie exklusiv für sich beanspruchen. Dennoch kann es keinen Zweifel daran geben, dass die christliche Demokratie in Europa sich den Prinzipien der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik in besonderer Weise verpflichtet fühlt und ihre Leitideen und ihre programmatische Ausrichtung daraus erwachsen sind. Wo liegt heute die besondere zukunfts-gestaltende und zugleich menschenwürdige Kraft der christlichen Demokratie? Was unterscheidet sie von anderen Bewegungen und welche Rolle spielt für sie die christliche Soziallehre? Warum hat sie es in Deutschland so erfolgreich vermocht, nach dem Krieg den Wiederaufbau im Westen unseres Landes zu gestalten, die Kriegsfolgelasten zu bewältigen? Warum war sie es, an der sich die grundlegenden innen- und außenpolitischen Entscheidungen orientierten?

Eine entscheidende Voraussetzung waren ihre anthropologischen und programmatischen Leitideen, mit denen sie zu einer der erfolgreichsten politi-

schen Richtungen in der europäischen Nachkriegsgeschichte geworden ist. Die christliche Demokratie verfügt – im Gegensatz zu anderen Parteien – nicht über ein geschlossenes ideologisches Modell von Gesellschaft und Politik.

Christliche Soziallehre ist ein System offener Sätze. Sie beruht auf wenigen zentralen Leitideen und Wertvorstellungen: Auf der grundsätzlichen Ablehnung totalitärer Ideologien, auf der Abkehr von jeder Form von rigidem Zentralismus und Nationalismus, vor allem aber auf dem christlichen Menschenbild mit seiner Überzeugung von der unantastbaren Würde und den unveräußerlichen Rechten des Menschen als Person. Politik aus christlicher Verantwortung zu betreiben, das verpflichtet auch zu selbstkritischer Bescheidenheit: Die CDU hat das „C“, das Christliche in ihrem Namen, immer als Verpflichtung und nie als Anspruch verstanden. Die klare Orientierung am christlichen Menschenbild bedeutet die Einsicht, dass der Mensch nie nur rein funktional betrachtet werden kann. Sein Wert wächst nicht proportional zu seinem Anteil am Bruttosozialprodukt, sondern seine Würde ist begründet in seiner Person. Der einzelne Mensch ist wertvoll. Alle Menschen sind vor dem Schöpfer gleich, es gibt keinen Unterschied von Geschlecht, Rasse oder Klasse und das menschliche Leben bedarf in jeder Phase seiner Existenz des umfassenden ethischen und rechtlichen Schutzes. Dieses Menschenbild ermöglicht – und darin liegt die besonders enge Verbindung von christlicher Demokratie und christlicher Soziallehre begründet – bei höchst unterschiedlichen Anforderungen im gesellschaftlichen Handeln grundsatzorientiert, aber zugleich flexibel reagieren zu können. Christliche Demokraten können sehr wohl konservativ sein, wenn es darum geht, bewährte Grundsätze, Güter oder Institutionen zu erhalten; sie können aber auch progressiv sein, wenn die Umstände neue Wege verlangen. Gerade vor dem Hintergrund solcher Herausforderungen, vor denen Länder und Regionen stehen, die erhebliche Transformationen von Wirtschaft und Politik zu bestehen haben – wie beispielsweise Polen, wie auch die neuen Länder in Deutschland, ist diese besondere Fähigkeit von herausragender Bedeutung. Christlich-demokratische Volksparteien, die in diesem Sinne verschiedene Interessen und Ansichten integrieren und zum Ausdruck bringen können, sind es, die bei einer Vielzahl von Aufgaben, die in einer Situation „neuer Unübersichtlichkeit“, den Mut und die Kraft zu Veränderungen vielleicht besser und konsequenter aufbringen als andere. Die Tatsache, dass in der Bundesrepublik die Mehrheit der grundsätzlichen Entscheidungen seit dem Krieg von Politikern der Union getroffen worden sind, ist dafür ein sprechendes Beispiel.

## Worum es heute geht

Wo braucht die Politik die Unterstützung und Anregung der Katholischen Soziallehre? Ich halte in Deutschland und Europa eine grundsätzliche Wertedebatte für notwendig. Werte sind nicht unmodern geworden, aber die Prioritäten haben sich verändert. Selbstbestimmung, Selbsterfahrung, Selbstfindung, Selbstverwirklichung haben an Bedeutung gewonnen. Selbstverantwortung, Selbstbindung, Selbstbeteiligung, Selbstständigkeit sind zurückgefallen. Bindungsverluste sind festzustellen. Wir müssen fragen: Was sind die gemeinsamen Grundlagen und Grundüberzeugungen des Gemeinwesens und wie machen wir sie unter den neuen Bedingungen zukunftsfähig? Was verbindet die Menschen im wiedervereinigten Deutschland und in Europa? Wie festigen wir die Fundamente unseres Zusammenlebens und wie geben wir sie weiter? Was setzen wir der einseitigen Individualisierung entgegen? Wie überwinden wir Selbstgenügsamkeit und Privatismus? Wie können wir Gemeinsinn stiften? Wir müssen uns darüber verständigen, was uns prägt und was unsere europäische Kultur ausmacht. Es drängt die Frage, was wir im Dialog der Kulturen und Religionen für unverzichtbar halten und nicht geschmälert werden darf. Wo liegen die Grenzen von Offenheit und Toleranz? Es fehlt an sinnstiftenden Perspektiven. Die heutige Generation in Europa, die die Mitte des 21. Jahrhunderts erleben wird, muss ihre Vision von der Zukunft formulieren und Zukunftsvorhaben entwickeln, die außerhalb des Alltäglichen liegen, die erreichbar sind und doch die Phantasie beflügeln, die Kräfte wecken und zusammenführen. Eine Wertedebatte zu führen, heißt auch zu fragen, welche Entfaltungsmöglichkeiten wir unseren Kindern und Enkeln in Deutschland und in Europa der Zukunft bieten wollen, was wir tun können, damit eine globalisierte Welt eine humane Welt wird – ohne Hunger und mit Frieden.

Über die Aktualität des christlichen Menschenbilds muss gesprochen werden. Über unseren Freiheitsbegriff ist zu reden. Er hat an Strahlkraft verloren. Vor dem Hintergrund einer immer komplexeren, sich immer schneller verändernden Welt wird die Freiheit oftmals nicht mehr als Vorrecht und Ausdruck menschlicher Würde sondern als Belastung empfunden. Mancher, der nach den gesellschaftlichen Umbrüchen von Arbeitslosigkeit betroffen ist, erlebt Freiheit als Verlust der Daseinssicherung und des persönlichen Selbstwertgefühls. Die Katholische Soziallehre drängt auf eine kritische Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Sozialismus. Aber Vorsicht mit Verallgemeinerungen, Vorsicht mit einem konstruierten Gegensatz von Markt und Menschlichkeit. Wer Markt sagt, ist nicht automatisch Kapitalist. Wer Menschlichkeit sagt,

hat nicht von vornherein etwas gegen den Markt. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Verantwortung müssen eine zentrale Rolle spielen. Aber ich warne vor einer Neuaufgabe überholter Systemdebatten. Wir müssen an der Einsicht festhalten und für sie werben, dass zur Freiheit auch wirtschaftliche Freiheit gehört und dass wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerb innerhalb der ihnen gesetzten Grenzen die Grundlage des allgemeinen Wohlergehens sind. Freilich ist eine einseitige, kurzfristige Ausrichtung auf den Shareholder-Value schädlich. Ebenso schädlich für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber. Unternehmen müssen ihre Interessen entschlossen wahrnehmen können und entschlossen wahrnehmen dürfen, aber es ist von grundlegender Bedeutung, dass sie sie nicht auf Kosten sozialer, ökologischer, menschlicher Bedürfnisse durchsetzen.

Die Globalisierung birgt Risiken aber auch große Chancen. Sie ist vor allem keine Entschuldigung für Handlungsunfähigkeit und Einfallslosigkeit. In diesem Sinne müssen wir eine Debatte über Freiheit und Solidarität führen. Es ist nicht verwerflich, den Sozialstaat umzubauen, sondern es ist sach- und menschengerecht. Wir müssen der Freiheit Raum geben – Wachstum braucht Freiheit! Aber ebenso entschieden müssen wir die Grenzen der Freiheit definieren. Statt in angstvoller Negation künftiger Entwicklungen zu leben, sollten wir unser Selbstvertrauen und damit auch die Neugier auf die Zukunft zurückgewinnen. Zukunft ist immer ein Wagnis. Zukunft ist immer Hoffnung. Es ist ein selbstbewusster Mensch, den wir vor Augen haben. Arbeit und Erwerb gehören dazu. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, kann sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, kann eine Familie gründen und ernähren, kann seine eigenen Risiken absichern und einen solidarischen Beitrag zur Absicherung der Risiken seiner Mitbürger leisten. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Seine ordnungspolitische Aufgabe erfüllt er dann, wenn er jedem ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht. Und wenn er denen, die beim besten Willen nicht für sich sorgen können, dennoch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Familien sind ein Exempel für Freiheit. Sie geben Lebensglück, Geborgenheit, Zuversicht. In ihnen werden die Werte vorgelebt, vermittelt und eingeübt, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist. Sie sind Bastionen gegen eine einseitige Individualisierung, das Ineinander von Freiheit und Bindung, die freie Selbstbindung als Grundlage gelebter Werte. Nun wird in Deutschland allenthalben über Familienpolitik geredet. Am Anfang muss die Erkenntnis stehen: Familie kann nur dann ein Exempel für Freiheit sein, wenn den Eltern zuvörderst das

Recht zukommt, ihre Kinder zu erziehen. Wir sollten nicht – wie in manchen Staaten – meinen, die Eltern könnten es nicht und also muss man die Kinder woanders hinschicken, wo es andere besser können. Nein, Eltern können erziehen, jedenfalls in aller Regel und in den meisten Fällen sehr gut!

Es geht darum, mehr finanzielle Gerechtigkeit für Familien herzustellen, den Schuldenabbau voranzutreiben, damit wir nicht noch mehr als ohnehin schon auf Kosten der nach uns kommenden Generation leben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu ermöglichen, die Erziehungskraft der Eltern ist zu stärken. Aber es glaube bitte niemand, dass die Eltern Kinder bekommen, weil es sich finanziell lohnt. Wenn man nur die finanzielle Lage von Familien verbessert und nicht das gesellschaftliche Klima für Familien und Kinder, wenn man jungen Menschen nicht die Bereitschaft vermittelt, auf die Zukunft zu setzen, dann kann man das Kindergeld verfünffachen, die demographische Entwicklung wird sich trotzdem nicht ändern.

### **Klare Positionsbestimmungen sind notwendig**

Der deutsche Sozialethiker Karl Forster hat schon Ende der 60er Jahre darauf hingewiesen, dass sich eine Kluft auftut zwischen dem Wertesystem, das die Kirchen verkünden und dem Wertesystem, das in der Gesellschaft praktiziert wird. Wir stellen es in Polen wie in Deutschland – freilich in unterschiedlichen Ausmaßen – fest: Die Bereitschaft, auf Gottes Wort zu hören, hat abgenommen. Die Vertrautheit mit dem Evangelium und der heiligen Schrift ist zurückgegangen: Glaube und Kirche haben in der öffentlichen Meinung, aber auch bei vielen Christen an Bedeutung für die persönliche Lebensgestaltung eingebüßt. Und doch stellen wir in Deutschland wie in Polen fest, dass im krassen Gegensatz dazu das Interesse an der Sozialverkündigung der Kirche und an der christlichen Soziallehre gestiegen ist. Viele Menschen, die den Kirchen nicht nah stehen, erwarten dennoch von ihnen, dass sie zur Lösung der großen sozialen Aufgaben und Fragen, vor denen wir auf nationaler wie internationaler Ebene stehen, beitragen können. Umso schmerzlicher ist es, dass die christliche Soziallehre – trotz dieser augenscheinlichen Attraktivität – im aktuellen Diskurs zu wenig wahrgenommen und ihre Aktualität zu wenig berücksichtigt wird. Und dies in einer Zeit, in der klare Positionsbestimmungen (wie sie einmal von den herausragenden Vertretern der christlichen Soziallehre in Deutschland, von Menschen wie Hermann Ehlers, Gustav Gundlach, Oswald von Nell-Breuning, Hermann Josef Wallraff und anderen vorgenommen wurden) notwendiger denn je wären. Zwar hat sich in

den letzten Jahrzehnten die Zahl der Lehrstühle an den deutschen Universitäten und Hochschulen erfreulich vermehrt, aber ihre Zuordnung zu den Fakultäten variiert und lässt kein einheitliches Bild erkennen. Erst recht ist die grundsätzliche Übereinstimmung in den wichtigsten Grundsatzfragen nur schwer zu erkennen.

Weil diese Tatsache so bedrückend ist, hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem in Deutschland bislang einmaligen Experiment entschieden und herausragende Vertreter der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik unter ihrem Dach versammelt. Mit diesem Kreis erarbeitet die Stiftung gegenwärtig ein gemeinsames Positionspapier zur Relevanz der christlichen Soziallehre, das im Sommer dieses Jahres veröffentlicht werden soll.

Auch das sich einigende Europa muß sich seiner Grundlagen und seiner Ziele bewusst werden. Auf die Grundlagen Europas sollte man nicht so allgemein und so nebulös eingehen, wie es im jetzt auf Eis liegenden Vertragstext geschieht, sondern man sollte sich explizit zu diesen Grundwerten bekennen. Ich hätte mir gewünscht, daß in der Präambel dieses Verfassungsvertrages ein Bezug auf Gott gestanden hätte, so wie er ganz selbstverständlich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht und wie er in einer vielleicht sogar noch besseren Formulierung in der polnischen Verfassung zu finden ist. An Frankreich und Belgien ist dieser Vorschlag bekanntlich gescheitert. Das kann man nicht bejammern, sondern muss es respektieren. Nur, wenn ich recht sehe, gerät der hundertjährige französische Laizismus in Bewegung. Frankreich macht inzwischen die Erfahrung, dass es ein christlicher Laizismus war, der in gegenseitigem Respekt erfolgte. Man sollte uns erlauben, weiter darauf zu drängen, dass es eine Verankerung des Gottesbezugs in einem europäischen Verfassungstext, in einer europäischen Grundordnung geben darf. Wir müssen klären, wie es mit der europäischen Verfassung weitergehen soll. Dreizehn Vertragsstaaten, darunter zwei in Volksabstimmungen, haben dem Verfassungsvertrag zugestimmt, zwei haben ihn abgelehnt. Ich kenne die skeptische Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Vertragsentwurf, aber Präsident Kaczynski hat in Berlin die Bereitschaft Polens signalisiert, sich an der Diskussion zu beteiligen. Ich stelle dazu die Frage: Braucht man tatsächlich den überlangen, schwer verständlichen und komplizierten dritten Teil des Verfassungstextes, oder kommt man nicht auch mit den beiden ersten Teilen aus? Kann man den Franzosen und Niederländern zumuten, noch einmal abzustimmen? Bei allen notwendigen, auch kontroversen Diskussionen über die Zukunft eines europäischen Verfassungsvertrages dürfen wir eines nicht aus den Augen



verlieren: Dass wir in unseren Anstrengungen für ein gemeinsames Haus Europa nicht nachlassen dürfen. Die europäische Mission ist nicht erfüllt. Und wir haben ein starkes Fundament für eine gemeinsame Zukunft: Dass es uns, Dank des Freiheitswillens der Menschen in Ungarn und Polen, in den neuen Ländern Deutschlands, in Tschechien und in der Slowakei und in den baltischen Staaten gelungen ist, aus der Konfrontation der beiden Systeme, aus der ständigen Bedrohung des Kalten Krieges in ein friedliches und freies Miteinander in Europa zu kommen, gibt uns Mut und Zuversicht für die weiteren Herausforderungen vor die unser Kontinent gestellt ist.

Jeder der die Geschichte kennt, weiß, dass die Kirchen daran einen erheblichen Anteil hatten. Der Sieg von Freiheit und Menschenwürde über Unfreiheit und Diktatur, der Sieg von Demokratie über Totalitarismus war auch ein Sieg der Enzyklika „Rerum Novarum“ über das „Kommunistische Manifest“, ein Sieg von Papst Leo XIII. über Karl Marx. Ein Sieg Wojtylas über Breschniew, ein Sieg einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung über die sozialistische Kommandowirtschaft. Es bleibt uns, mehr als 25 Jahre nach den Ereignissen in Danzig und 16 Jahre nach der Deutschen Einheit, die Aufgabe, mit der Kraft einer an christlichen Grundsätzen orientierten Politik diesen Sieg weiter in das 21. Jahrhundert zu tragen. Die Voraussetzung dafür ist, dass es uns gelingt, den Menschen als soziales, selbstverantwortetes Wesen ernst zu nehmen und ihn – so wie es der deutsche Jesuit und Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breunig formuliert hat – als Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Handelns in den Mittelpunkt zu stellen. Eine Herausforderung, die sich an Deutsche und Polen, die sich an alle Europäer richtet. Dass wir uns dabei an dem Beispiel des großen polnischen Papstes, des großen Europäers Johannes Paul II. orientieren können, gibt uns Kraft und Selbstvertrauen.

## Vom Papst aus Polen zum Papst aus Deutschland

### Die Versöhnung zwischen Polen und Deutschland und die Vision Europas in der Perspektive von Johannes Paul II. und Benedikt XVI.

*Kolloquium mit Prof. Władysław Bartoszewski  
zum Abschluss des Deutsch-Polnischen Jahres,  
am 15. Mai 2006, Palazzo della Cancelleria in Rom*

„Today was born in Gdańsk“, stand in großen Lettern über der Stirnseite des Festsaaes, in dem wir uns im letzten Sommer auf Einladung von Lech Wałęsa trafen, um der Ereignisse vor 25 Jahren auf der Leninwerft zu gedenken. Und in der Tat, ohne Solidarność, ohne Männer wie Lech Wałęsa, wie Tadeusz Mazowiecki oder Władysław Bartoszewski und viele andere, ohne die Wahl eines Polen zum Papst wäre es nicht zum Zusammenbruch der kommunistischen Welt in Europa gekommen. Auf der Danziger Leninwerft begann das Europa des 21. Jahrhunderts. Für uns Deutsche begann die Gegenwart am 9. November 1989 am Brandenburger Tor, endete die Deutsche Teilung am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der fünf wiedererstandenen östlichen deutschen Länder und Ostberlins zur Bundesrepublik Deutschland. Der unvergessene Papst Johannes Paul II. – der „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl), der Impulsgeber der friedlichen europäischen Revolution – durchschritt am 23. Juni 1996 das Brandenburger Tor zum Abschluss seines Besuchs im wiedervereinigten Deutschland. „Jetzt, nachdem ich durch das Brandenburger Tor gegangen bin, ist auch für mich der 2. Weltkrieg zu Ende!“, bemerkte Johannes Paul tief bewegt. Es war kein leichter Gang. Noch im Anflug auf Berlin hatte er sich an Kardinal Lehmann gewandt: „Wissen Sie, was es für einen polnischen Papst bedeutet, hier in Berlin zu sein? – Preußen, Nationalsozialismus und Kommunismus! – Und da muss der Papst hin!“

## Meilensteine der Versöhnung

Schritte zu wahren Frieden und echter Versöhnung kosten viel Kraft und Überwindung, besonders wenn es um Polen und Deutschland geht. Und doch sind sie während der vergangenen Jahrzehnte in großer Zahl getan worden. Der schwierige Weg zur Versöhnung zwischen unseren beiden Völkern hat viele Meilensteine. Er ist noch nicht an seinem Ende angekommen. Aber das Ziel kann nach meiner festen Überzeugung nicht mehr verfehlt werden. Das deutsch-polnische Verhältnis hat einen Stand erreicht, dass aktuelle Kontroversen – und mögen sie auch mitunter heftig sein – es nicht mehr dauerhaft gefährden können: Wir Deutsche kennen den entscheidenden Beitrag der Polen für die Vereinigung unseres Vaterlandes. In Polen ist nicht vergessen, dass Deutschland der engagierteste Befürworter seines EU-Beitritts gewesen ist. Am 17. Juni wird der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag 15 Jahre alt. Das deutsch-polnisch-dänische Korps – was für eine Neuerung vor sieben Jahren! – übernimmt 2007 die Führung der ISAF in Afghanistan. Die Enkel der Kriegsgeneration haben die Katastrophen der Vergangenheit so weit hinter sich gelassen, dass sie gemeinsame Verantwortung für den Frieden in der Welt wahrnehmen. Nichts zeigt mehr, wie weit der Weg der Versöhnung und Verständigung fortgeschritten ist. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk verzeichnet seit seiner Gründung 1993 fast 1,5 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Jugendaustausch. Über 400 Städte jenseits und diesseits von Oder und Neiße sind durch Partnerschaften verbunden – seit kurzem auch das bayerische Markt am Inn und das polnische Wadowice. Deutschland ist Polens bedeutendster Handelspartner, Polen mittlerweile der zehntwichtigste Deutschlands. Die Wirtschaftskontakte sind noch ausbaufähig, aber deutsche Unternehmen haben inzwischen rund 7 Milliarden Euro in Polen investiert und polnische Unternehmer beginnen, in Deutschland zu investieren.

In wenigen Tagen besucht ein Papst aus Deutschland, Benedikt XVI., in der Nachfolge des großen Johannes Paul, Polen; er besucht Warschau – noch bevor er in Berlin gewesen ist! Zweieinhalb Jahrzehnte, nachdem das Wunder geschah, dass erstmals ein Pole zum Papst gewählt wurde, folgt ihm ein Deutscher nach, und Erzbischof Nossol von Oppeln meint: „Das haben nicht die Kardinäle fertig gebracht. Auf diesen Witz konnte nur der Heilige Geist selber kommen.“ Und keiner fragt: Geht das? Kann ein Deutscher Papst sein? Es ist nur gefragt worden: Setzt der neue Papst das Werk seines polnischen Vorgängers fort?

Mit Blick auf viele kraftvolle Beispiele für das vertrauensvolle Verhältnis und die Verbundenheit zwischen Polen und Deutschen haben Sie, verehrter Herr

Bartoszewski, schon vor einigen Jahren gesagt: „Da ist ein Wunder geschehen!“ Die Ausgangslage schien in der Tat heillos. Wie sollten Polen und Deutschland jemals wieder zu einer guten Nachbarschaft oder gar zu Versöhnung, Partnerschaft und Freundschaft finden? Hitler hatte im Sommer 1939 mit Stalin einen Pakt geschlossen, der für Polen das Todesurteil bedeutete. Polen war als erstes Land im September 1939 hinterhältig von deutschen Truppen überfallen worden. Polen hatte grausam, grausamer noch als andere Staaten, unter der deutschen Besatzung gelitten. Das KZ nahe Auschwitz, das Furchtbarste aller furchtbaren Vernichtungslager, lag auf polnischem Territorium. Millionen Deutsche hatten aufgrund der alliierten Beschlüsse ihre Heimat verlassen müssen. Und Millionen Polen mussten nach der Abtrennung Ostpolens eine neue Heimat in Schlesien und Pommern finden. Eine gemeinsame Grenze zwischen der neu entstandenen Bundesrepublik und Polen gab es nicht. Ein Friedensvertrag, der Grenzen endgültig festlegte, war nicht in Sicht. Die Bundesrepublik und Polen gehörten unterschiedlichen politischen Systemen und gegeneinander gerichteten Militärbündnissen an.

## Christen - Avantgarde der Versöhnung

Nur weil es Menschen gab, die wider alle Hoffnung hofften und Anfänge wagten, blieb es nicht bei Resignation und Tatenlosigkeit. Menschen in Polen und Menschen in Deutschland, die Versöhnung wollten – zwischen den Staaten und zwischen ihren Bewohnern. Menschen, die nicht auf andere oder auf bessere Zeiten warteten, sondern entschlossen waren, selbst zu handeln. Christen, Katholiken, Geistliche wie Laien, katholische Initiativen, Verbände und Institutionen waren nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und im Europa des Kalten Krieges die „Avantgarde der Versöhnung“ (Karl Kardinal Lehmann). Durch die „Zugehörigkeit zu derselben Kirche“ erwuchs, so haben es deutsche Katholiken im Bensberger Memorandum formuliert, „die besondere Aufgabe, zur Versöhnung des polnischen und deutschen Volkes beizutragen.“

1957 – 12 Jahre nach Kriegsende – gelingt dem in Schlesien geborenen Prälat Johannes Zinke, Caritasdirektor in Berlin, ein erster brieflicher Kontakt mit Bischof Boleslaw Kominek, dem späteren Kardinal und Erzbischof von Breslau. 1958 kommt Stanislaw Stomma – Redaktionsmitglied der beiden katholischen Zeitschriften „Znak“ und „Tygodnik Powszechny“, der Nestor der deutsch-polnischen Versöhnung – auf Einladung der KNA als erster polnischer Parlamentarier in die Bundesrepublik Deutschland. In der berühmten „Hedwigspredigt“ 1960 spricht sich Julius Döpfner,

damals noch Berliner Bischof, nachdrücklich für die Versöhnung von Deutschen und Polen aus. Im Mai 1964 unternahmen Mitglieder der deutschen Sektion von „Pax Christi“ eine Sühnewallfahrt nach Auschwitz, bei dem es auch zu einer Begegnung mit dem damaligen Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła kommt.

Pioniertaten – sich vortastend auf noch unbefestigtem Gelände. Für weitergehende Schritte scheint die Zeit vorerst noch nicht reif. Trotzdem entschließen sich die polnischen Bischöfe im November 1965 – hier in Rom, während der letzten Wochen des II. Vatikanischen Konzils – zu einer befreienden Geste von moralischer Größe und Symbolkraft. „In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zuendegehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Verzeihung“, so die Botschaft an ihre deutschen Mitbrüder. Und die Antwort war: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände.“ Ein Trompetenstoß, so dass noch vier Jahrzehnte später nicht an das epochenmachende Ereignis des II. Vaticanums erinnert werden kann, ohne auch den Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen ins Gedächtnis zu rufen. Der Briefwechsel markiert den Neubeginn in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen, die Wende von Hass und Vorurteilen zu ihrer Überwindung. Nicht weil es nachher keine Rückschläge und Krisen gegeben hätte; sie sind – wie jeder weiß – zahlreich. Aber weil mit dieser mutigen Initiative der Bann gebrochen war – für eine intensivere und offenere Beschäftigung miteinander, für einen Dialog, der Vertrauen schafft und es ermöglicht, über alle Hindernisse hinweg den Weg der Versöhnung unbeirrt fortzusetzen.

Ja, es gibt in der Tat gute Gründe dafür, dass die polnische Botschafterin und der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl zum Abschluss des deutsch-polnischen Jahres zu einem Kolloquium nach Rom eingeladen haben! Der Weg zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen führt auch über Rom. Meilensteine sind auch hier gesetzt worden. Und Kardinal Wojtyła und der junge Konzilstheologe Joseph Ratzinger als Berater des Kölner Kardinals Frings waren von Anfang an dabei. Begegnet sind sie sich 1965 noch nicht – erst in den beiden Präkonklaven und Konklaven von 1978. Aber der Pole wurde dem Deutschen damals zum Begriff. „Die deutschen Kardinäle“, gab Papst Benedikt kürzlich den Zuschauern des polnischen Fernsehens zu wissen, „haben mir erzählt, wie groß der Verdienst und der Beitrag des Erzbischofs von Krakau waren und dass er eigentlich die Seele dieser wirklich historischen Korrespondenz war.“

Vor allem Kardinal Wojtyła, aber auch Bischof Kominek haben den polnischen Brief vom 18. November 1965 vorbereitet. Ein unglücklicher Zufall führt dazu, dass die deutschen Bischöfe erst am 27. November Kenntnis von ihm erhalten: Tagelang liegt er – drüben in der Anima – ungeöffnet im Zimmer des Kölner Kardinal Frings. Der spätere Kardinal Bengsch, Bischof in dem durch die Mauer geteilten Berlin, entwirft innerhalb kürzester Frist den Antwortbrief. Am 5. Dezember, drei Tage vor der feierlichen Abschlussfeier des Konzils, wird er der polnischen Seite zugeleitet. Beide Briefe werden veröffentlicht. Hoch ist das Risiko für die polnischen Bischöfe: In der Heimat entfacht die kommunistische Partei- und Staatsführung die heftigste antikirchliche Kampagne in der an antikirchlichen Kampagnen nicht armen Geschichte der Volksrepublik. Praktisch alle Pfarrer und Dekane werden vorgeladen. Auch Erzbischof Kominek muss ein – wie es offiziell heißt – „warnendes Gespräch“ über sich ergehen lassen. Von Verrat an der polnischen Nation ist die Rede und man wittert die Chance, mit antideutschen Ressentiments Kirchenleitung und Kirchenvolk auseinander zu dividieren. Dem ungeheuren Druck begegnet Erzbischof Wojtyła mit den Worten, es sei „undenkbar, dass Menschen nicht Grund haben, sich gegenseitig um Verzeihung zu bitten.“ Die Sache ist entschieden, als Primas Wyszyński am 3. Mai 1966 – vor 40 Jahren, bei der Feier des polnischen Millenniums in Tschenstochau – die Vergebungsworte an die Deutschen wiederholt und die riesige Menschenmenge seine Worte spontan aufnimmt: „Wir vergeben!“

Langsam entwickeln sich Beziehungen; sie werden zu einem breiten Strom: Besuche und Gegenbesuche der Bischöfe, die Anstrengungen der Verbände, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – 1974 spricht Tadeusz Mazowiecki auf dem deutschen Katholikentag in Mönchengladbach und darf lange Zeit deswegen nicht mehr in den Westen reisen – und vor allem von Pax Christi. Auf Initiative des Vizepräsidenten der Sektion Deutschland, Alfons Erb, ist vor 32 Jahren – nach Abschluss des Warschauer Vertrages und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – das Maximilian-Kolbe-Werk als ein Gemeinschaftsprojekt des ZdK und 13 weiterer katholischer Verbände gegründet worden, um einen speziellen Beitrag zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen zu leisten, um ehemalige KZ-Häftlinge unabhängig von ihrer Religion, Konfession oder Weltanschauung zu unterstützen. Der Erzbischof von Krakau war einer der Paten dieses Hilfswerks des Heiligen von Auschwitz, der für einen anderen in den Todesbunker ging. Seine Verbundenheit wirkte fort. Karol Wojtyła ist Papst, als polnische und deutsche Katholiken am 10. Oktober 1982 im Petersdom einen Dankgottesdienst

anlässlich der Heiligsprechung von Maximilian Kolbe feiern. Eine neue Zeit war in Europa und für die deutsch-polnischen Beziehungen angebrochen.

### Der polnische Papst

Mit Karol Wojtyła wird ein Mann Nachfolger Petri, der unter den Schrecken der deutschen Besatzung gelitten, der den Rauch über Auschwitz und Birkenau nie vergessen hat, der sich den Deutschen aber dennoch auf besondere Weise verbunden fühlt. Als Student hat er begonnen, Husserl, den Lehrer von Edith Stein, und Scheler zu lesen: Er kennt Deutschland auch als Land, in dem die katholische Soziallehre im 19. Jahrhundert zu einer ersten Blüte kam, weiß von der lebendigen Tradition, die sich mit den Namen des „Gesellenvaters“ Kolping und des „Sozialbischofs“ von Ketteler verbindet. Schon als polnischer Bischof ist er von der Notwendigkeit der deutsch-polnischen Versöhnung tief überzeugt: 1974 kommt er in die Bundesrepublik, um gemeinsam mit Kardinal Döpfner eine Versöhnungsmesse im ehemaligen Konzentrationslager Dachau zu zelebrieren. Bei einem weiteren Besuch vom 20. bis 25. September 1978 – an der Seite von Primas Wyszyński, der seit Kriegsende bis zu diesen Tagen Polen nur zum Besuch des Vatikans verlassen hatte – sagt Kardinal Wojtyła in Köln: „– wir wollen einen neuen Blick gewinnen auf die Geschichte unserer Völker und auf die uns von der göttlichen Vorsehung gegebene Nachbarschaft, die im Laufe der Geschichte oft eine schwierige Nachbarschaft gewesen ist.“ Und einige Sätze weiter deutet er an, worauf dieser „neue Blick“ gerichtet sein sollte: „Ich bin überzeugt“, sagt er voraus, „dass dies zur Gestaltung eines neuen Antlitzes Europas und der Welt beitragen wird.“

Die Wahl Karol Wojtyłas zum Papst – nur Wochen später – wirkt aus heutiger Perspektive wie ein vorweggenommenes „Wendewunder“ des Heiligen Geistes für Europa: Die Teilung des Kontinents und der Welt wird, so die längst sichere Gewissheit des neuen Papstes, nicht von Dauer sein; die kommunistische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa wird keine Zukunft haben. Offenbar sind die deutschen und österreichischen Bischöfe, allen voran der Mainzer Kardinal Volk und der Wiener Kardinal König, in besonderer Weise vom Heiligen Geist geleitet. Nicht ohne ihr Zutun wird zum ersten Mal seit 1523 ein Nicht-Italiener – ein Pole – zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt. Bei seiner Amtseinführung im Oktober 1978 spricht Johannes Paul die entscheidenden Worte. Worte, die zum Fanal für den Aufbruch zunächst der Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ und dann für die Freiheit in ganz Mittel-

und Osteuropa werden: „Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts. Habt keine Angst!“ Seine Reise nach Polen im Juni 1979, die erste Reise eines Papstes in ein kommunistisches Land, hat in Polen gewaltige Kräfte freigesetzt. Vorher, berichtet Lech Wałęsa, habe er mit einer Handvoll Mitstreitern den Widerstand organisiert, danach sei 1980/81 die Bewegung der „Solidarność“ entstanden, die zuletzt zehn Millionen Polen ergriffen habe. Der Papst habe die Menschen in der kommunistischen Welt „zum Erwachen gebracht“. Am 4. Juni 1979 kündigt der Papst gegenüber den Vertretern des kommunistischen Regimes an: „Gestatten Sie mir, meine Herren, das Wohl Polens auch weiterhin als das meine zu betrachten und zutiefst daran Anteil zu nehmen, ganz so, als ob ich noch in diesem Lande lebte und Bürger dieses Staates wäre.“ Heute ist kaum mehr nachvollziehbar, wie viel Sprengstoff in diesem Satz enthalten ist. Mit freundlicher Ironie gibt er offen zu verstehen, das Prinzip der Nichteinmischung, das von der damals herrschenden Lehre der Entspannungspolitik zur obersten Maxime erhoben worden war, nicht anerkennen zu wollen.

„Johannes Paul II.“, so haben Sie es, verehrte Frau Botschafterin Suchocka, einmal formuliert, „fürchtete sich nicht, zu Lösungen aufzurufen, die den durch ein Netz mannigfaltiger internationaler Absprachen gebundenen Politikern als unreal und undurchsetzbar erschienen.“ In einer Zeit, als sich andere im Status Quo eingerichtet hatten, als auch der katholischen Kirche im geteilten Deutschland die endgültige Trennung drohte, warb er für die Einheit Europas, für die Rückkehr zur europäischen Geschichte und rief zur Abkehr von einem einseitigen und falschen Europabild auf. 1980, 1.500 Jahre nach der Geburt des heiligen Benedikt, erhebt er die Slawenapostel Kyrillos und Methodios zu Mitpatronen Europas und rückt damit die Völker östlich von Mauer und Stacheldraht ins Blickfeld – ihren Anspruch auf dieselben Rechte und dieselbe Würde: Ljubljana, Budapest, Warschau und Bratislava gehören zu Europa wie Madrid, Hamburg oder Paris! Lange bevor sich der sowjetisch dominierte, kommunistische Machtblock auflöst, hat seine Vision Europas klare Konturen. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament – am 11. Oktober 1988 – werden die Leitmotive eines freien und einigen Europas noch einmal deutlich sichtbar: Er spricht vom „gemeinsamen Haus“ aller europäischen Nationen und von den „beiden Lungenflügeln“ – dem östlichen wie dem westlichen – , mit denen Europa atmen müsse. Er kenne das Verlangen der slawischen Völker nach Freiheit und Zugehörigkeit zu Europa und wünsche deshalb, dass sich ein freies Europa eines Tages zu den Dimensionen ausbreite, „die ihm von der

Geographie und der Geschichte gegeben wurden. „Der Weg in die Freiheit und nach Europa blieb nicht ohne Rückschläge: Dem „polnischen Sommer“ im August 1980 mit der Entstehung der „Solidarność“ folgt der „polnische Winter“ – die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981, die katastrophale Versorgungskrise, die Not und Standhaftigkeit der Menschen. Mitgefühl, Solidarität, Bewunderung für den mutigen Widerstand der Polen gegen die kommunistische Bevormundung rufen in der Bundesrepublik Deutschland eine ungewöhnliche Welle der Hilfsbereitschaft hervor. Die eben begonnene Annäherung von Polen und Deutschen bewährt sich in der Stunde ärgster Bedrängnis. Durch Pakete und Briefe entstehen zehntausende persönliche Kontakte.

### **1989: Ein neues Kapitel beginnt**

Der befreiende Ruf „Habt keine Angst!“ verhallt nicht. Nicht einmal 12 Jahre nach seinem Amtsantritt begegnet Johannes Paul den Völkern Mittel- und Osteuropas mit den Worten: „Ihr habt die Angst besiegt!“ Die Öffnung der Grenzen in Europa ist Realität geworden. Für das deutsch-polnische Verhältnis beginnt ein neues Kapitel. Der November 1989 steht mir vor Augen. Wir besuchten mit der Delegation von Bundeskanzler Helmut Kohl Polen – ausgerechnet Polen! Am 10. November 1989 wurde die Außenstelle der Konrad-Adenauer Stiftung in Warschau eröffnet – die erste jenseits des Eisernen Vorhangs. Am Abend zuvor – am 9. November, als die Nachricht eintraf: Das Brandenburger Tor ist offen! – waren wir Gäste des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki. Jetzt wurde es möglich, dass viele bilaterale Fragen – vor allem diejenigen, die aus der schwierigen Vergangenheit herrührten –, endlich geklärt oder einer Klärung näher gebracht werden konnten. Erinnerung sei an die Versöhnungsgeste zwischen Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl bei dem von Erzbischof Nossol zelebrierten Gottesdienst im November 1989 in Kreisau. Inzwischen ist dort ein Zentrum der deutsch-polnischen Verständigung entstanden, in dem sich die Jugend unserer beiden Völker trifft. Erinnerung sei an die endgültige Besiegelung der deutsch-polnischen Grenze im Zwei-plus-Vier-Vertrag. Erinnerung sei an die Rede von Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 und vor allem an die Rede von Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag ein Jahr später, als er in bewegenden Worten auf die Tragödie der Vertreibung einging: „Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“

Zum Abschluss des Deutsch-Polnischen Jahres wollen wir uns erinnern – Deutsche wie Polen – an die hellen, wie an die dunklen Kapitel der Vergangenheit, in Anerkennung der jeweils eigenen Rolle und Verantwortung. Die Geschichte darf nicht umgeschrieben und über Flucht und Vertreibungen in Europa darf nicht gesprochen werden, ohne nach den Ursachen zu fragen. Vor allem aber wollen wir gemeinsam eine bessere Zukunft bauen! Seit Anbeginn ist der deutsch-polnische Aussöhnungsprozess zukunftsgerichtet. Bereits der Brief der politischen Bischöfe zielte, so Erzbischof Kominek, darauf ab, „uns durch Deutschland nach Europa – [zu] führen.“ Eine, wie wir heute wissen, erfolgreiche Strategie. Deutschland, insbesondere Helmut Kohl, hat sich nach 1989 vehement für den baldigen Beitritt Polens zur NATO und zur Europäischen Union eingesetzt. Wir haben nie gemeint, Polen müsse um den Beitritt bitten, sondern wir waren immer davon überzeugt, die Europäische Union nenne sich zu Unrecht eine Europäische Union, solange sie nur eine west- und südeuropäische Union sei. Polen gehört genauso wie Frankreich, Italien oder Spanien zu der Europäischen Union. Es war die Ungunst der Nachkriegsentwicklung, die totalitäre Herrschaft und die sowjetische Bevormundung, die Polen gegen den eigenen Willen davon abhielt, Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu sein. Helmut Kohl ist es ganz maßgeblich zu verdanken, dass das Thema der Osterweiterung Anfang der neunziger Jahre auf die Tagesordnung der Europäischen Union gelangte und gegen manchen Widerstand dort geblieben ist – bis zu ihrem Vollzug am 1. Mai 2004. In der Nacht zum 1. Mai 2004 hat die Bevölkerung der neuen Mitgliedsstaaten das Ende der Teilung Europas auf bewegende Weise gefeiert. Der polnische Ministerpräsident sprach vom glorreichsten Augenblick in der polnischen Geschichte. In Krakau – auf dem größten Marktplatz Europas, wie jedenfalls die Krakauer meinen – versammelten sich 50.000 Menschen und der dortige Marschall Sepioł sagte: „Die Wallfahrt Polens nach Europa ist vorbei! Wir sind wieder daheim.“ In den Städten entlang der Oder und Neiße lagen sich Deutsche und Polen in den Armen.

### **Europa als Werte-Gemeinschaft**

Johannes Paul hat den Erweiterungsprozess bis zuletzt begleitet und gefördert. Dass das polnische EU-Referendum 2003 so eindeutig ausfiel, ist ihm mit zu verdanken. Seine Vision eines vereinten und freien Europas hatte sich erfüllt. Aber die Arbeit für Europa war damit nicht getan. Befreiung und Vereinigung Europas waren Etappenziele. Er wollte mehr: Er wollte die Vollendung Europas! Der Integrationsprozess schien ihm noch viel zu sehr auf wirtschaftliche

Aspekte gerichtet. Er sprach von einer „Krise der Werte“ und stellte nun besonders deutlich heraus, worauf er seit 1978 in unzähligen Stellungnahmen immer wieder hingewiesen hatte: „Es wird keine Einheit Europas geben, solange es keine Gemeinschaft des Geistes gibt.“ Ohne sie sei dauernde Stabilität auf dem Kontinent langfristig nicht zu erreichen. Europa – er verstand es selbstverständlich als gemeinsamen Kulturraum für Gläubige wie für Nichtgläubende – müsse sich seines kulturellen, historischen, religiösen und dabei vor allem christlichen Erbes neu bewusst werden, denn nur daraus könnten die Europa verbindenden und für alle Europäer verbindlichen Wertegrundlagen erwachsen.

Dass im Entwurf des europäischen Verfassungsvertrags der Gottesbezug fehlte, hat er tief bedauert: „Es ist nicht gut, die Wurzeln abzuschneiden, aus denen man geboren wurde.“ Seinen „Traum“ von Europa hat er deswegen nicht aufgegeben. In der Sala Clementina stellte er ihn noch einmal vor, als er im März 2004 den Außerordentlichen Karlspreis der Stadt Aachen entgegennahm: Nationen sah er als „Zentren kulturellen Reichtums“, denen Raum zu geben sei, doch weit entfernt von „selbstsüchtigen Nationalismen“. Das Angesicht Gottes werde leuchten über einem „Europa des Menschen“, in dem „engagierte Männer und Frauen solche Werte fruchtbar werden lassen“, die sie im Glauben erkannt haben. „Dies ist der Traum, den ich im Herzen trage und den ich – Ihnen und den kommenden Generationen anvertrauen möchte.“ Johannes Paul bekennt sich zur legitimen Autonomie der demokratischen Ordnung, aber ebenso lässt er keinen Zweifel daran, dass die Kirche gefragt und gefordert ist, wo es um die Dimension einer moralischen Ordnung unseres Kontinents geht. So ist es zu verstehen, dass er in seinem bewegenden europäischen Vermächtnis, im apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ von 2003, die Kirche zum Einsatz für diesen Kontinent ermutigt. „Du, Kirche in Europa“, heißt es darin immer wieder auffordernd. Ein entscheidender Anstoß der Schrift liegt in der Aufforderung, der Versöhnung in Europa zu dienen. Der Heilige Vater rückt damit wieder einen Aspekt in den Mittelpunkt, den viele allzu sehr aus den Augen verloren haben: Dass der europäische Zusammenschluss aus dem Erleben des zunächst gegen Polen entfesselten Krieges und aus der Erfahrung zweier unmenschlicher totalitärer Diktaturen erwachsen ist, dass der Kern und die eigentliche Triebfeder der Einigungsbewegung in der Schaffung einer stabilen und gerechten Friedens- und Freiheitsordnung besteht.

Das Friedens- und Versöhnungswerk Europa – insbesondere auch die deutsch-polnische Partnerschaft, die ein Schlüssel der europäischen Einigung ist – be-

darf weiterhin großer Anstrengungen. Es kann gelingen – mit nüchternem Verstand, politischem Realismus, auf dem festen Grund christlicher Überzeugungen, mit der Widersprüche und Konflikte überbrückenden Kraft des Glaubens, mit Leidenschaft für Europa. Und es kann gelingen, indem wir uns große, leidenschaftliche Europäer wie Johannes Paul zum Vorbild nehmen. Die Chancen stehen gut, dass die Kirche dieses Vermächtnis erfüllt – zumal sein Nachfolger, sein engster Weggefährte, ein Deutscher ist. Über ihn schrieb Johannes Paul in seinem Buch „Auf, lasst uns gehen!“, „Ich danke Gott für die Anwesenheit und die Hilfe von Kardinal Ratzinger. Er ist ein bewährter Freund!“

### **Benedikt XVI.**

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Papst Benedikt XVI. – der sich den Namen des ersten Patrons Europas, des geistigen Urhebers einer friedensstiftenden Zivilisation auf dem Kontinent wählte, aber sich auch ganz bewusst auf Benedikt XV. bezog, den Friedenspapst des ersten Weltkriegs, und damit ein Zeichen für sein eigenes Pontifikat setzte – auch in der Sicht auf Europa und seiner politischen und geistigen Integration mit seinem Vorgänger übereinstimmt. Er teilt die Auffassung, dass ein Europa, das sich als nur „wirtschaftliche und monetäre Gesamtheit“ darstellt, nicht von Bestand sein wird, und diagnostiziert eine „seltsame Unlust an der Zukunft“. Ausgerechnet in der Stunde seines äußersten Erfolgs sei Europa „von innen her leer geworden“ („Werte in Zeiten des Umbruchs“). Erst kürzlich – am 30. März, bei einer Audienz für die Fraktion der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament – hat Papst Benedikt dazu aufgerufen, die christlichen Wurzeln angemessen im europäischen Einigungsprozess zu berücksichtigen – nicht nur zur Stärkung der europäischen Identität, sondern auch, weil sie – man denke nur an die lange Tradition der katholischen Soziallehre – dazu beitragen können, die Herausforderungen in einer von Globalisierung und vom demographischen Wandel gekennzeichneten Welt zu meistern. Benedikt XVI. fordert eine „Gemeinschaft der europäischen Staaten“, die auf gemeinsamen Werten gründet – an erster Stelle auf der „Unbedingtheit, mit der Menschenwürde und Menschenrechte als Werte erscheinen müssen, die jeder staatlichen Rechtssetzung vorangehen.“ Ehe und Familie seien wesentlich für die europäische Identität: „Europa wäre nicht mehr Europa, wenn diese Grundzelle seines sozialen Aufbaus verschwände oder wesentlich verändert würde.“ Und drittens nennt er – lange vor dem Streit über dänische Karikaturen – „die Ehrfurcht vor dem, was dem anderen heilig ist; die Ehrfurcht vor dem Heiligen überhaupt, vor Gott; die sehr wohl auch demjenigen zumutbar ist, der selbst nicht an Gott zu glauben bereit ist.“ „Europa braucht

eine neue – gewiss kritische und demütige – Aufnahme seiner selbst, wenn es überleben will” und der Heilige Vater bezieht diesen Gedanken auf den weltweiten Dialog der Kulturen: Die in Europa immer wieder leidenschaftlich geforderte Multikulturalität sei manchmal nichts anderes als eine Absage an das Eigene, die Flucht vor dem Eigenen. „Aber Multikulturalität kann ohne Richtpunkte des Eigenen nicht bestehen.” Europa sieht er als Testfall für Versöhnung und Frieden. In seinem Buch – ein kluger Mann hat dieser Tage gesagt: Johannes Paul musste man hören, Benedikt muss man lesen – „Werte in Zeiten des Umbruchs” spricht er von der Vision, den Kontinent „als einen Hort des Rechts und der Gerechtigkeit allen Menschen gegenüber [zu] bauen”. Deshalb ist in seinen Augen die Debatte um die Definition Europas und seine neue politische Form kein nostalgisches Rückzugsgefecht, sondern sie hat entscheidende Auswirkungen auf die gesamte Menschheit von morgen. „Die Erinnerung an das Unrecht des Zweiten Weltkriegs und an die große Geschichte der Versöhnung, die ihm gottlob in Europa gefolgt ist – diese Erinnerung zeigt uns, wo die heilenden Kräfte sind,” so einer der Satze des zitierten Buchs von Joseph Ratzinger.

Ein Papst aus Deutschland folgt auf einen Papst aus Polen. Kann es ein bewegendes Zeichen dafür geben, dass unsere beiden Nachbarvölker gemeinsam ihre Rolle für den Frieden in Europa angenommen haben? Ein Zeichen, für das wir dankbar sein sollten. Ein Zeichen, das unsere Kirche, unsere beiden Völker, unsere beiden Regierungen für die Zukunft in Pflicht nimmt. Vor allem wir Laien – man lese die Enzyklika „DEUS CARITAS EST” – sind aufgerufen, „für eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft zu wirken” (Nr. 29). Eine gerechte Ordnung in Europa wird es aber erst geben, wenn in der Europäischen Union die gegenwärtige Stagnation überwunden ist und wenn auch in der östlichen Nachbarschaft Polens und in den Ländern auf dem Balkan Freiheit, Demokratie und eine stabile Ordnung herrschen.

Ungewöhnliches ist geschehen, Großes muss noch geschehen, wenn die Vision Europa in Erfüllung gehen soll!

## Der Heilige Maximilian Kolbe – Schutzpatron der Versöhnung

*Rede auf der Internationalen Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages der Heiligsprechung Pater Maximilian Maria Kolbes, am 20. Oktober 2007 in Niepokalanów bei Warschau*

Vielen Dank, Herr Pfarrer Kloch, für Ihre freundliche Einführung. In der Tat, ich versuche mich seit über 40 Jahren für die deutsch-polnische Versöhnung, für die deutsch-polnische Verständigung zu engagieren. Heute vor allem in meinem Amt als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich bin stolz darauf, zusammen mit Herrn Bartoszewski Ihr Gast zu sein – einem der herausragenden Brückenbauer unserer Verständigung. Immer wenn wir gemeinsam auftreten, unterscheiden wir uns dadurch, dass Bartoszewski eine Rede hält und ich einen Vortrag halte. Ihnen, Herr Pfarrer Kloch, einen herzlichen Glückwunsch zur Verleihung des Totus-Preises der polnischen Stiftung „Werke des neuen Millenniums“ der polnischen Bischofskonferenz in der Kategorie Medien. Wir sind stolz darauf, dass dem Warschauer Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen der Verleihung des Totus-Preises ein Sonderpreis in der Kategorie „Verbreitung der Lehren des Heiligen Vaters Johannes Paul II.“ verliehen worden ist.

Das 25. Jubiläum der Heiligsprechung Kolbes ist ein freudiges Ereignis und gibt Anlass, seinen Mitbrüdern im Franziskanerorden hier und in aller Welt zu gratulieren, dem polnischen Volk, dem er entstammte zu gratulieren. Ich gratuliere mit Freude und bedanke mich herzlich für die Einladung. Zugleich: Freilich verbindet sich für mich als Deutschen diese Freude mit Trauer und mit Scham. Maximilian Kolbe ist Sohn eines Volkes, das neben dem jüdischen am meisten unter dem von Deutschland entfachten Krieg gelitten hat. Seine Gründung, diese Klosteranlage, Niepokalanów ist am 13. September 1939 von deutschen Truppen besetzt worden. Wenige Tage später wurde er gemeinsam mit 40 seiner Ordensbrüder erstmals verhaftet. Am 17. Februar 1941 verschleppte ihn die Gestapo in das berüchtigte Warschauer Gefängnis Pawiak. Am 28. Mai 1941 begann im Konzentrationslager Auschwitz, Häftling

Nr. 16670, sein letzter schwerer Gang. Deutsche fügten ihm unsägliches Unrecht, unsäglich Qualen zu. Dennoch ist er seinen Weg der Gottes- und Nächstenliebe unbeirrt gegangen. Selbst in Auschwitz, wo blinder Hass zügellos waltete, stand er seinen Mithäftlingen bei und fand – schon das ist ein Wunder – die Kraft, dem Hass auf seine Peiniger zu widerstehen. „Ich hasse niemanden, auch nicht die Deutschen“, sagte er und forderte seine Leidensgenossen immer wieder auf, es ihm gleich zu tun. Sein Tod – das Verhungern und Verdursten im „Hungerbunker“ anstelle eines anderen, sein priesterlicher Beistand für die neun Häftlinge, die mit ihm zu qualvollem Sterben willkürlich verurteilt waren – gab ein letztes, durch nichts zu übertreffendes Beispiel der Nächstenliebe. Nicht Hass, sondern die Überwindung von Hass sollte den Sieg erringen. Mitten aus der Hölle von Auschwitz wies er den Weg der Versöhnung – für alle Menschen, besonders aber für das Verhältnis seines Volkes zu dem meinigen. Maximilian Kolbe ist der „Märtyrer der Versöhnung“, der Schutzpatron der deutsch-polnischen Versöhnung!

In Demut haben wir Deutschen seiner zu gedenken. Gegenüber allen Polen, die anknüpfend an sein übermenschliches Zeugnis nach dem Krieg die Kraft zur Versöhnung aufbrachten, bereit waren, zu verzeihen, stehen wir in tiefer Dankesschuld. Deutsche wurden durch sein Vorbild angetrieben, Vergebung zu erbitten und Aussöhnung anzustreben. Nur weil es mutige Menschen gab, in Polen und in Deutschland, die – wie Maximilian Kolbe – radikale Aufbrüche wagten, blieb es zwischen uns nicht bei Zerrissenheit und Feindschaft. Mit Blick auf viele lebendige Beispiele für das vertrauensvolle Verhältnis und die Verbundenheit zwischen Polen und Deutschen, können wir heute sagen: Der Weg der Versöhnung, den der heilige Maximilian Kolbe vorangegangen ist, ist weit fortgeschritten. An seinem Ziel ist er nicht. „Der Hass ist keine schöpferische Kraft“, sagte Maximilian Kolbe. Nicht diejenigen, die sich dem „Fatalismus der Feindschaft“ (Stanisław Stomma) ergeben und sich von Hass, Schmerz, Angst und Misstrauen gefangen nehmen lassen, gehört die Zukunft. Wahre Erneuerer sind die, die unsere beiden Völker aus den dunklen Tälern der Geschichte herausführen, die im Bewusstsein der Vergangenheit Konsequenzen für eine friedliche und menschliche Zukunft ziehen und aus dem Geist der Nächstenliebe Neuanfänge wagen.

Polen hat solche Erneuerer in den zurückliegenden Jahrzehnten in reicher Zahl hervorgebracht. Die Kühnheit ihrer Pioniertaten lässt sich nicht in Frage stellen. Sie haben Erstaunliches, weit über das deutsch-polnische Verhältnis Hinausreichendes vollbracht: „Today was born in Gdańsk“, stand zu Recht in

großen Lettern über der Stirnseite des Festsaaes, in dem wir 2005 der Ereignisse vor 25 Jahren auf der Leninwerft gedacht haben. Ohne Solidarność, ohne Männer wie Lech Wałęsa, wie Tadeusz Mazowiecki oder Władysław Bartoszewski und viele andere, ohne die Wahl eines Polen zum Papst wäre es nicht zum Zusammenbruch der kommunistischen Welt gekommen, wären Polen und Deutsche heute nicht in der Europäischen Union vereint.

Pater Maximilian Kolbe und Edith Stein, die Karmelitin Schwester Theresa Benedikta vom Kreuz, viele Heilige der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sind nicht nur Zeugen der tragischen geschichtlichen Entwicklungen ihrer Zeit. Sie sind auch Bürgen für die Geschichte der Versöhnung, die gottlob in Europa darauf gefolgt ist und die ebenso – wie die dunklen Kapitel der Vergangenheit – niemand verleugnen oder beiseite drängen darf. Gerade wir Christen sollten uns der Dankespflicht für dieses, wie wir glauben, gottgeschenkte „Wunder“ nicht entziehen. Durch ihr Vorbild haben Heilige wie Maximilian Kolbe und Edith Stein das Haus Europa mitgebaut. Sie verkörpern die Verpflichtung auf ein friedliches Miteinander und eine gedeihliche Zusammenarbeit. Eine Verpflichtung, die Auseinandersetzungen in der Sache als ein konstruktives und demokratisches Element nicht ausschließt, aber „selbstsüchtigen Nationalismen“ (Johannes Paul II.) die Stirne bietet.

### **Europas Werte-Profil**

In Europa und für Europa vereint, begegnen sich heute Polen und Deutschland. Gemeinsam sind wir aufgerufen, uns in das zusammenwachsende Europa einzubringen. Im Europa des 21. Jahrhunderts ist Kooperations- und Kompromissbereitschaft keine Schwäche, sondern eine Tugend. Sie liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse jedes seiner Mitgliedstaaten. Europa ist keine Streitgemeinschaft, sondern eine Lebensgemeinschaft. Der Auftrag des Maximilian Kolbe von heute heißt: Europa als Wertegemeinschaft, christlich fundiert und christlich inspiriert, Profil zu verleihen.

Kolbes Zukunftsbotschaft heißt, Europa als einen Hort des Friedens und der Menschlichkeit, der Freiheit und des Rechts zu vollenden. Wer es genau wissen will, versichere sich bei Johannes Paul II. und seinem deutschen Nachfolger Benedikt XVI. – zwei Visionäre Europas. Gegenwärtige Probleme und Kontroversen lassen sich nicht verschweigen. Die Beziehungen auf Regierungsebene sind heute mühsamer, als sie seit 1989 je waren. Dennoch dürfen wir, glaube ich, optimistisch sein. Die gemeinsame europäische Perspektive unserer bei-



den Völker ist zukunftsfähig. Der deutsch-polnische Versöhnungsprozess hat seit Anbeginn eine zutiefst menschliche Komponente. Er ist vom Wunsch nach Begegnung und Austausch getragen. Das Vorbild Kolbes ist bei vielen lebendig. Es hat sich als überaus kraftvoll erwiesen.

### **Zugehörigkeit zu derselben Kirche**

1963, mitten im Kalten Krieg, als jeder Versuch zu mehr Gemeinsamkeit an den politischen Realitäten zum Scheitern verurteilt schien, richteten die polnischen und die deutschen Bischöfe aus den Bänken des II. Vatikanischen Konzils in Rom eine gemeinsame Petition für die Seligsprechung Maximilian Kolbes an den Papst. Aus ihr spricht bereits der drängende Wille zur Überwindung des schwer belasteten Verhältnisses: „In der Konzilsaula ... sitzen, erfüllt von brüderlicher Liebe, Bischöfe aller Erdteile, aller Rassen und aller Sprachen nebeneinander. In der gleichen Aula sitzen auch einige getrennte Brüder, die mit ihnen die gleiche Sehnsucht teilen, die wahre Brüderlichkeit unter den Völkern die wahre Brüderlichkeit unter den Menschen als sicheren Weg den kommenden Zeiten zu schenken, ... wünschen die Kardinäle Polens und Deutschlands, im Geist der Brüderlichkeit vereint zu sein, beim gemeinsamen Gebet für die Seligsprechung Maximilian Kolbes.“

Zwei Jahre später, in den letzten Wochen des Konzils, folgt der bahnbrechende Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe vom November 1965: „In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zuendegehenden Konzils, wir vergeben und bitten um Vergebung“, Und die Antwort ihrer deutschen Amtsbrüder: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände.“ Hoch ist das Risiko für die polnischen Bischöfe: In der Heimat entfacht die kommunistische Partei- und Staatsführung die heftigste antikirchliche Kampagne in der an antikirchlichen Kampagnen nicht armen Geschichte der Volksrepublik. Pfarrer und Dekane werden von der Staatsmacht vorgeladen. Erzbischof Kominek, einer der maßgeblichen Autoren des Briefes, muss ein – wie es offiziell heißt – „warnendes Gespräch“ über sich ergehen lassen. In Bonn erstaunt, ja erschreckt manchen der Mut der polnischen Bischöfe. Man fürchtete Destabilisierung, man fürchtete, die Annäherung an die kommunistischen Regime könnte erschwert werden. Der Briefwechsel markiert – über alle Systemgrenzen hinweg – den Neubeginn in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen, die Wende von Hass und Vorurteilen zu ihrer Überwindung. Nicht, dass es danach keine Rückschläge und

Krisen gegeben hätte; sie sind – wie jeder weiß – zahlreich. Aber mit dieser mutigen Initiative war der Bann gebrochen. Das Tor war aufgestoßen für eine intensivere und offenere Beschäftigung miteinander, für einen Dialog, der Vertrauen schafft und es ermöglicht, über alle Hindernisse hinweg den Weg der Versöhnung unbeirrt fortzusetzen.

Christen, Katholiken, Geistliche wie Laien, katholische Initiativen, Verbände und Institutionen wurden initiativ. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und im Europa des Kalten Krieges wurden sie zur „Avantgarde der Versöhnung“ (Karl Kardinal Lehmann). Durch die „Zugehörigkeit zu derselben Kirche“ erwuchs, so haben es deutsche Katholiken im Bensberger Memorandum formuliert, „die besondere Aufgabe, zur Versöhnung des polnischen und deutschen Volkes beizutragen.“ 1957 – 12 Jahre nach Kriegsende – gelingt dem in Schlesien geborenen Prälat Johannes Zinke, Caritasdirektor in Berlin, ein erster brieflicher Kontakt mit Bischof Kominek. 1958 kommt Stanislaw Stomma – Redaktionsmitglied der beiden Zeitschriften der katholischen Intelligenz, „Znak“ und „Tygodnik Powszechny“, der Nestor der deutsch-polnischen Versöhnung – auf Einladung der KNA als erster polnischer Parlamentarier in die Bundesrepublik Deutschland. In seiner „Hedwigspredigt“ 1960 spricht sich Julius Döpfner, noch Berliner Bischof, nachdrücklich für die Versöhnung von Deutschen und Polen aus. Im Mai 1964 unternehmen Mitglieder der deutschen Sektion von „Pax Christi“ eine Sühnewallfahrt nach Auschwitz, bei dem es auch zu einer Begegnung mit dem damaligen Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła kommt. Alfons Erb – der Vizepräsident von Pax Christi – ruft zu einer Solidaritätsspende für notleidende überlebende Häftlinge der KZs und der Gettos auf. Langsam entwickeln sich die Beziehungen, aus schmalen Bächen wird ein breiter Strom: Besuche und Gegenbesuche der Bischöfe, die Anstrengungen der Verbände, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – 1974 spricht Tadeusz Mazowiecki auf meine Einladung hin auf dem deutschen Katholikentag in Mönchengladbach (und darf lange Zeit deswegen nicht mehr in den Westen reisen) – und vor allem von Pax Christi.

### **Menschliche Zuwendung: Das Maximilian-Kolbe-Werk**

Auf Initiative von Alfons Erb ist gestern vor 34 Jahren, am 19. Oktober 1973, das Maximilian-Kolbe-Werk offiziell begründet worden. Nach Abschluss des Warschauer Vertrages und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – als ein Gemeinschaftsprojekt des Zentralkomitee der deutschen Katholiken und

13 weiterer katholischer Verbände, um einen speziellen Beitrag zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen zu leisten, um ehemaligen KZ-Häftlingen unabhängig von ihrer Religion, Konfession oder Weltanschauung zu helfen. Aus erster Hand – von überlebenden Leidensgenossen – lässt sich Alfons Erb über Maximilian Kolbe, über sein Beispiel in Auschwitz und über das Weiterleben unter den Häftlingen berichten. Sein Name steht über alle nationalen Grenzen hinweg für leidenschaftliche Mitmenschlichkeit und menschliche Begegnung. Er heilt das heillos zerstört geglaubte Vertrauen: Wer sich auf Kolbe beruft, kommt in guter Absicht, selbst wenn es ein Deutscher ist. Menschliche Zuwendung, der Kontakt von Mensch zu Mensch, setzt Impulse für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Der einzelne Mensch, seine Geschichte und leidvolle Erfahrung, steht im Mittelpunkt. Das ist das Kernstück der Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werks. Es ist das Verdienst von Friedrich Kronenberg, dem langjährigen Generalsekretär des ZdK und heutigen Vorsitzenden des Maximilian-Kolbe-Werkes, dass dieses Werk der Versöhnung nicht zu Ende geht, wenn der Auftrag an den Überlebenden erfüllt sein wird. Auf ihn geht die Errichtung einer Maximilian-Kolbe-Stiftung zurück, von Bischöfen, Priestern und Laien aus Deutschland und Polen gemeinsam getragen, dass das Werk der Versöhnung über Deutschland und Polen hinaus fortsetzen wird und alle Menschen guten Willens einlädt, mitzumachen. Mein Nachfolger als Thüringer Ministerpräsident, Dieter Althaus, hat den Vorsitz übernommen. Der Erzbischof von Bamberg wird das Kuratorium leiten.

Der Erzbischof von Krakau war einer der Paten des Maximilian-Kolbe-Werkes, Hilfswerk des Heiligen von Auschwitz. Seine Verbundenheit wirkte fort. Karol Wojtyła ist Papst, als polnische und deutsche Katholiken am 10. Oktober 1982 im Petersdom einen Dankgottesdienst anlässlich der Heiligsprechung von Maximilian Kolbe feiern. 200.000 Pilger und Gäste aus aller Welt sind nach Rom gekommen. Unter ihnen der über 80jährige Franz Gajowniczek, an dessen Stelle Pater Kolbe 1941 in den Tod gegangen ist. Selbst eine Abordnung des kommunistischen Regimes in Polen, ein nie dagewesener Vorgang, nimmt am Pontifikalamt teil. Die offizielle Delegation aus Deutschland führt der Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Höffner, der zu den Konzelebranten des Papstes zählt. Nach seiner Predigt wendet sich der Papst in polnischer Sprache an seine Landsleute und ruft dann – auf Deutsch – seine „Brüder und Schwester deutscher Sprache“ dazu auf, dem Beispiel des hl. Maximilian Kolbe in seinem liebenden Einsatz für den Mitmenschen zu folgen. Wie Kardinal Döpfner 1971 aus Anlass der Seligsprechung, hält ein Deutscher, Joseph Kardinal Ratzinger, in der römischen Ordenskirche der Minoriten, der Basi-

lika Zwölf Apostel, die Predigt zur Danksagung. Die Heiligsprechung Kolbes war ein Ereignis vorausweisender deutsch-polnischer Gemeinsamkeit – nicht mehr getrennt, gemeinsam versammelt um das gemeinsame Ziel der Menschlichkeit, die Pater Maximilian Kolbe verkörpert.

Der befreiende Ruf des großen polnischen Papstes, des „Türöffners der Freiheit“ (Helmut Kohl), „Habt keine Angst!“ verhallt nicht, selbst wenn der Weg in die Freiheit und nach Europa steinig wird. Dem „polnischen Sommer“ im August 1980 mit der Entstehung der „Solidarność“ folgt der „polnische Winter“ – die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981, die katastrophale Versorgungskrise, die Not und die Standhaftigkeit der Menschen. Mitgefühl, Solidarität, Bewunderung für den mutigen Widerstand der Polen gegen die kommunistische Bevormundung rufen in der Bundesrepublik Deutschland eine ungewöhnliche Welle der Hilfsbereitschaft hervor. Die eben begonnene Annäherung von Polen und Deutschen bewährt sich in der Stunde ärgster Bedrängnis. Durch Pakete und Briefe entstehen zehntausende persönliche Kontakte. Auch das verbindet sich unmittelbar mit der Heiligsprechung Maximilian Kolbes.

### **Klärungen und neue Sorgen**

Die Öffnung der Grenzen in Europa wird Realität. Für das deutsch-polnische Verhältnis beginnt ein neues Kapitel.(...) Jetzt wurde es möglich, viele bilaterale Fragen – vor allem diejenigen, die aus der schwierigen Vergangenheit herrührten – endlich zu klären oder einer Klärung näher zu bringen. (...) Erinnert sei an die endgültige Besiegelung der deutsch-polnischen Grenze im Zwei-plus-vier-Vertrag. Erinnert sei an die Rede von Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 und vor allem an die Rede von Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag ein Jahr später. Bereits der Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Mitbrüder während des Konzils zielte, so Erzbischof Kominek, darauf ab, „uns durch Deutschland nach Europa ... [zu] führen“. Eine, wie wir heute wissen, erfolgreiche Strategie. (...)

Trotz allem, was Polen und Deutsche miteinander erreicht haben – es ist mehr, als sich die Älteren je hätten vorstellen können –, ist das deutsch-polnische Verhältnis auch heute noch längst nicht frei von alten Vorurteilen, von Misstrauen und Schuldzuweisungen. Die Bischöfe Polens und Deutschlands, die seit dem Vatikanischen Konzil Vorkämpfer und Garanten der deutsch-polnischen Verständigung, Versöhnung und Freundschaft

sind, haben vor zwei Jahren, 40 Jahre nach dem Briefwechsel von 1965, in einer gemeinsamen Erklärung mahndend die Stimme erhoben: „Mit Sorge müssen wir ... sehen, dass die Erinnerung an die finstersten Stunden unserer Geschichte nicht nur den Geist der Versöhnung gebiert ... Manche Menschen in Politik und Gesellschaft rühren geradezu leichtfertig an den immer noch schmerzenden Wunden der Vergangenheit. Andere wollen sie offenkundig sogar rücksichtslos für persönliche oder politische Zwecke missbrauchen.“ Der Wegweiser für den schwierigen Prozess der Aussöhnung, der heilige Maximilian Kolbe, ist weiterhin gefordert. Zwar können wir auf die Fundamente unserer Partnerschaft und vor allem auf die Menschen vertrauen, die – wie auch jüngste Umfragen in Polen zeigen – einander immer weniger als Bedrohung wahrnehmen und sich in nie dagewesener Weise begegnen. Nein, ich bin überzeugt – die aktuellen politischen Quisquilien können das deutsch-polnische Verhältnis nicht dauerhaft gefährden. Aber sie halten uns von Wichtigerem ab! Zum Beispiel davon, den Traum Johannes Pauls II. von Europa zu verwirklichen.

Benedikt XVI., der seinem Vorgänger auch nach Auschwitz gefolgt ist, sprach davon, dass über diesem Ort der Finsternis der Stern der Versöhnung aufgegangen sei. Folgen wir diesem Stern beharrlich weiter und lassen wir jenen keine Chance, die umkehren wollen! Bitten wir mit dem Sohn des Heiligen Franziskus, Pater Maximilian Kolbe, um die Gnade der Versöhnung, um den schöpferischen Mut zum Guten, um Menschlichkeit und Brüderlichkeit. Bitten wir um Polen, Deutschland und Europa!

## Des Glückes Unterpfand?

### Patriotismus ja, Nationalismus nein!

*Rede zum „Zweiten Tag der Landesgeschichte“  
im Niedersächsischen Landtag in Hannover,  
am 28. September 2007*

Am 4. Juli 1954 steht die deutsche Nationalmannschaft im Finale der V. Fußballweltmeisterschaft gegen die hoch favorisierten Ungarn. Um 18.39 Uhr, nach 90 Minuten und 21 Sekunden endet das Spiel. „Aus! Aus! Aus! Aus!“ ruft der Rundfunkreporter Herbert Zimmermann. 3:2 für Deutschland. „Deutschland ist Weltmeister.“ Und zugleich wächst die Furcht vor neuem nationalem Übermut.

„Vergessen wir nicht: Es war nur ein Spiel!“, sagt Herbert Zimmermann am Ende seines legendären Spielberichts. Tage später stellt das „Sonntagsblatt“ in fast schon hilflosem Bemühen, Vernunft anzumahnen, klar: Bern habe „nicht einen Sieg Deutschlands“ gebracht, „sondern den von elf Männern, die in den Grenzen unseres Landes beheimatet sind.“ Der Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft in Bern, dem noch dazu einige Stunden zuvor die triumphale Rückkehr der Mercedes-Silberpfeile vom Großen Preis von Frankreich vorausgegangen war, löste Euphorie aus, machte die Not und Entbehrungen der Nachkriegszeit und die politische Realität der geteilten deutschen Nation für einen Augenblick vergessen. Deutschland, das war damals die Bundesrepublik, das war die DDR, das war das geteilte Berlin, das war das Saarland, das noch nicht zu Deutschland zurückgekehrt war und gegen dessen Mannschaft sich die bundesdeutsche Auswahl in der Qualifikation zur Weltmeisterschaft mit 3:1 und 3:0 durchgesetzt hatte.

Durften die Deutschen – kaum zehn Jahre, nachdem ein bis zum rassistischen Völkermord gesteigerter Nationalismus und ein von Hitler mutwillig – zuerst gegen Polen – entfesselter Zweiter Weltkrieg in totalem Zusammenbruch geendet hatten – wieder ein nationales „Wir-Gefühl“ entwickeln? Und wenn ja: Wie sollte es sich äußern dürfen?

Die Reportage aus dem Wankdorf-Stadion in Bern dokumentiert, dass nach der „feierlichen Übergabe des Pokals an Fritz Walter... Deutschlands Hymne erklingt“, wobei die deutschen Schlachtenbummler für alle deutlich hörbar die erste Strophe des Deutschlandlieds anstimmen und woraufhin der Schweizer Rundfunk die Übertragung sofort abbricht. Der Vorgang bleibt nirgends unbemerkt: Die französische Zeitung „Le monde“ fürchtet „fanatisme“, „revanche“ und – ausdrücklich auf deutsch – „über alles“. Die „Daily Mail“ gibt sich sorgenvoll wegen der „imperialistischen“ ersten Strophe, die – wie auch die Grimmschen Märchen – mit den anderen Strophen des Deutschlandlieds von den Besatzungsmächten in der unmittelbaren Nachkriegszeit verboten worden war.

### **Unwort "deutsche Nation"**

Der Trümmerhaufen Deutschland, den der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, war so sehr auch ein geistiger Trümmerhaufen, dass selbst die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm – liberal eingestellte Professoren – von den Siegermächten als Verfechter dumpf nationalistischer Ideen betrachtet wurden. Und das „Lied der Deutschen“, von dem demokratisch-oppositionellen Literaturprofessor und Dichter August Heinrich Hoffmann verfasst, längst nicht mehr Ausdruck nationaler und freiheitlicher Sehnsüchte und Hoffnungen war, sondern bei vielen – nicht nur im Ausland – Ängste vor deutschem Nationalismus auslöste. Nach 1945 gab es fast nichts mehr im geistigen Dasein der Deutschen, auf das kein Schatten gefallen war. Hannah Arendt, die in Linden bei Hannover geboren ist, sprach damals in einem politischen Essay von einer „radikalen Negation jeglicher Tradition“ durch den „Nazismus“. Die deutsche Frage stellte sich nicht nur, weil die Nation politisch unvollendet war. Sie stellte sich auch, weil die Deutschen nicht mehr wussten, wer sie sind, geschweige denn, wer sie in Zukunft sein wollten. Zur Heimat konnte sich niemand mehr unbefangen bekennen, obwohl sich Adolf Hitler über diesen Begriff nur mit Hohn und Spott geäußert hat und obwohl führende Köpfe des Widerstands gerade auch von der Rettung der Heimat angetrieben waren. Die ruchlose Ideologie von „Blut und Boden“, die in Wahrheit die Zerstörung von Heimat und Milieu und das Ende von gesellschaftlicher und regionaler Vielfalt bedeutete, haftete diesem Begriff an: nicht Föderalismus, nicht Niedersachsen oder Bayern, nicht Regionen. Nein: ein Volk, ein Reich, ein Führer!

Der Patriotismus war an den Fronten und in der Heimat durch die zügellose Propaganda eines Joseph Goebbels und eine Ideologie, die den sozial-darwi-

nistischen Kampf ums Überleben beschwor, bis zum totalen Krieg radikalisiert und missbraucht worden. War nicht der Trümmerhaufen Deutschland der beste Beleg dafür, dass Patriotismus das Gegenteil von dem bewirkt, was er eigentlich beabsichtigt? Nicht nur der deutsche Patriotismus, auch der Begriff der deutschen Nation war bis ins Mark getroffen. Den Idealen des Hambacher Fests und der Frankfurter Paulskirche, denen ein Hoffmann von Fallersleben Geltung zu verschaffen suchte, war lange Zeit kein Erfolg beschieden. Das Nationalbewusstsein des späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts hatte häufig nichts mit Freiheit und Demokratie zu tun; ja war sogar freiheits- und demokratiefeindlich. Indem es das Eigene verherrlichte und Fremdes verachtete, wurde aus Nationalbewusstsein Nationalismus. In diesem Sinne sang man „Deutschland, Deutschland über alles!“ Dass der Begriff der Nation noch dazu einen rassistischen, vor allem antisemitischen Bedeutungsgehalt bekam, machte ihn – für viele bis heute – zum Unwort.

### **Patriotismus europäisch orientieren**

Nur, was war zu tun? Welche Folgerungen waren zu ziehen? Begriffe wie „Nation“, wie „Heimat“ lassen sich nicht so leicht abschaffen oder beiseite schieben. „Dass es Nationen gibt, ist historisch das Europäische an Europa“, hat vor rund einem halben Jahrhundert der Historiker Hermann Heimpel bemerkt. Das galt auch für Deutschland. Ein neues, – man könnte mit einiger Zurückhaltung sagen – ein geläutertes Verständnis von Nation und Heimat war zu gewinnen? Nichts erschien nach 1945 schwieriger, aber auch wichtiger als die Bindung zum eigenen Vaterland, den Patriotismus, aus seiner teuflischen Verstrickung mit dem Nationalismus zu lösen. Im Westen Deutschlands, aber auch in seinen westeuropäischen Nachbarstaaten, wuchs die Erkenntnis, dass Patriotismus nur dann legitim sein kann, wenn er den Patriotismus der anderen europäischen Völker nicht ausschließt, sondern ihn respektiert und wenn sich eine gemeinsame europäische Gesinnung mit ihm verbindet. Patriotismus ist nicht zu europäisieren, aber er muss doch europäisch orientiert sein. Und er muss – wie es schon die Hambacher vor 175 Jahren wollten – eine Verbindung mit der überstaatlichen Idee der abendländisch-europäischen Freiheit eingehen.

Ein französischer, ein italienischer, ein deutscher Patriot, drei mutige Männer, die aus Grenzgebieten ihrer Länder stammten und von dieser Grenzerfahrung geprägt waren, verkörpern diese Vision und gaben ihr Gestalt: Robert Schuman, französischer Außenminister, in Luxemburg geboren, im Ersten Weltkrieg als Elsässer deutscher Reserveoffizier; Alcide De Gasperi,

italienischer Ministerpräsident, im Trentino geboren: Das vor dem Ersten Weltkrieg noch zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörte. Und daher war er in jungen Jahren noch Mitglied im österreichischen Reichsrat. Schließlich Konrad Adenauer – langjähriger Oberbürgermeister des linksrheinischen Köln, in dem die französische Besetzung des linken Rheinufer nicht vergessen war.

Vor 50 Jahren, 1957, unterzeichneten Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Deutschland die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie sollte Ausgangspunkt, nicht Ziel sein. Ihr geistiges Konzept war Verständigung und Versöhnung, Bewahrung der Freiheit für den freien Teil Europas vor der kommunistischen Bedrohung und langfristig: Wiedergewinnung der Freiheit in ganz Europa. Der Mensch sollte im Mittelpunkt stehen, nicht die Nation, nicht die Rasse, nicht das Kollektiv. Dass es Franzosen, Italiener, Niederländer, Deutsche gibt, wurde nicht verleugnet. Sie sollten ihre Eigenheiten nicht aufgeben müssen: Europa ist Vielfalt! Man besann sich darauf, dass – würde man eine Bilanz des geistigen Besitzes jeder einzelnen europäischen Nation ziehen – das meiste davon nicht dem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Erbe entstammt. „In uns allen überwiegt der Europäer bei weitem den Deutschen, Spanier oder Franzosen“, schrieb der spanische Kulturphilosoph José Ortega y Gasset bereits vor 70 Jahren. Der griechisch-römischen Antike, der jüdischen-christlichen Tradition, der Aufklärung verdanken wir unsere geistige Prägung. Das ist zu bedenken, wenn heute in Deutschland das Thema Leitkultur diskutiert wird.

### **"Sozialistischer Patriotismus"**

Nur vordergründig könnte es den Anschein haben, dass der Osten Deutschlands und Europas einen ähnlichen Weg gegangen sei, indem man sich dort internationalistisch gab, die Internationale sang und die „Menschenbrüderlichkeit“ innerhalb des sozialistischen Lagers hochhielt. Nicht nur, dass Internationalismus zunächst nur eines bedeutete: Devotion nach der Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ Es ging nicht um Rückbesinnung auf einen gemeinsamen europäischen Wertefundus. Sondern es ging um dessen Überwindung zugunsten einer Ideologie, die eine neue Zeit und einen neuen Menschen zu schaffen versprach. Die Diktatur des Proletariats sollte die notwendige Vorstufe für den Eintritt in dieses „Reich der Freiheit“, die Herrschaft des Kommunismus, sein.

Die Machthaber in Ostdeutschland meinten es leicht zu haben, alles Gewesene hinter sich zu lassen. Und sie machten es sich leicht, indem sie jede Rechtsnachfolge ablehnten, sich jeder Wiedergutmachung entzogen und zum Beispiel jede Beziehung zum Staat Israel ablehnten, ihn sogar als faschistisch bezeichneten. Während sich die westliche deutsche Republik im Grundgesetz – Artikel 22 Absatz 2 – zur schwarz-rot-goldenen Staatsflagge bekennt und damit ausdrücklich an die Erbschaft der Paulskirche und der ersten deutschen Nationalversammlung von Weimar und an die erste staatlich verfasste freiheitliche Demokratie anknüpft, wollte die DDR die aus ihrer Sicht „unvollendeten revolutionären Erhebungen von 1848“ tradiert wissen, die es nun mit der sozialistischen Revolution zu vollenden und zu krönen galt. Auch die „National“-Hymne – von Johannes R. Becher, Präsident des kommunistischen „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, auf Weisung des SED-Vorsitzenden und „Präsidenten“ der DDR, Wilhelm Pieck, verfasst – war Bestandteil sozialistischer Doktrin. Und mit ihr die Einheitsvision der Hymne: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt: Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland.“ Erst nachdem der Lockruf nach Einheit im Westen Deutschlands ungehört blieb, der Siegeszug des Kommunismus an der widernatürlichen Grenze der DDR zum Stillstand kam, die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nicht verhindert werden konnte, änderte sich die Doktrin. Aus „Deutschland einig Vaterland“ wurde das Postulat der Eigenständigkeit der DDR als „sozialistische deutsche Nation“. Die Hymne wurde über viele Jahre nicht mehr gesungen, nur noch von Blechbläsern intoniert. Ihr Text durfte an den Schulen nicht mehr gelehrt werden. Erst die Revolutionäre von 1989 griffen die Forderung „Deutschland einig Vaterland“ wieder auf.

Alle Inszenierungen eines offiziellen Hurrah-Patriotismus der SED – man erinnere sich an die bombastischen Feiern zur Staatsgründung der DDR am 7. Oktober, noch bis zum 7. Oktober 1989 – konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Konstruktion einer sozialistischen Heimat oder einer sozialistischen Nation blutleer, verlogen und nicht tragfähig war. Zu Tausenden kehrten die Menschen dieser Heimat und diesem Staat den Rücken. Die DDR-Führung sah sich schließlich 1961 gezwungen, ihr „Staatsvolk“ hinter Mauern und Stacheldraht einzusperren. Die vermeintlichen Verteidigungsanlagen an der innerdeutschen Grenze schützten in Wahrheit nicht vor westdeutschen Eindringlingen. Sie waren gegen die eigene Bevölkerung gerichtet.

Mehr als viele im Westen hielten die Menschen in der DDR das Bewusstsein für die Einheit der Nation wach. Ihr Patriotismus destabilisierte, wie in den

anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, das kommunistische Regime. Die Menschen blieben dem Gedanken der Nation verhaftet und vollzogen trotz aller Abschirmung in der Diktatur mit, was den europäischen Patriotismus im Westen auszeichnete: die Bindung an die Freiheit und die Bindung an Europa. Anders wäre es nicht zu erklären, dass 1990 im Osten Deutschlands niemand die Frage stellte, ob mit dem Vollzug der Einheit notwendigerweise auch der Beitritt zum Grundgesetz und dadurch wiederum der Beitritt zur Europäischen Union verbunden sein müsse.

### **Föderal geprägte Einheit**

So wie die Menschen in der DDR die Teilung ihres Vaterlands nie wirklich akzeptiert haben, so haben sie auch die willkürliche Auflösung der ostdeutschen Länder vor 55 Jahren nicht hingenommen. Ihr Landesbewusstsein hat 37 Jahre überdauert. Am 9. November 1990, genau ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer, wurden die fünf wiedererstandenen ostdeutschen Länder Mitglieder des Bundesrates. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit war ein Sieg für Freiheit und Demokratie und für Europa. Sie war zugleich ein Sieg des föderalen Prinzips über den so genannten demokratischen Zentralismus. In der Präambel des Grundgesetzes heißt es seit dem 23. September 1990: „Die Deutschen in den Ländern ... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.“ Die Länder haben den Bund, die gemeinsame Staatlichkeit der deutschen Nation, geschaffen – nicht umgekehrt. Sie sind nicht Länder des Bundes. Das Wort „Bundesländer“ findet sich im Grundgesetz nicht. In der Frühphase der Bundesrepublik haben sich die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder als Treuhänder des gesamten deutschen Volkes und der deutschen Nation verstanden. Sie bestanden darauf, zwar ein Grundgesetz, aber keine Verfassung zu entwerfen. Und sie wollten eine betont föderale Ordnung für das künftige deutsche Staatswesen. Unsere föderale Ordnung ist, was gegenwärtig zu wenig wahrgenommen wird, die entschiedene Antwort auf einen missbrauchten und pervertierten Nationalbegriff. Wir bekennen uns heute zu einer landsmannschaftlich, regional und föderal geprägten Nation. Und weil das so ist, darf die geschichtliche und kulturelle Selbstvergewisserung nicht allein national gefärbt sein. Die verbindende Einheit im Nationalen wie im Europäischen muss das Gemeinsame auch in der regionalen und lokalen Vielfalt suchen. Vor der abschätzigen Verwendung des Begriffs Lokalpatriotismus – nicht zu verwechseln mit Kirchturmpartikularismus – sei gewarnt: Patriotismus muss auch die heimatlichen Bindungen im Inneren der Nationalstaaten in sich aufnehmen – als stabilisierende Kraft und als Gegengewicht zu einer einseitigen, übersteigerten Sicht auf die Nation.

Für Hilde Domin, die erfahren musste, was Heimatverlust und Exil heißen, bedeutet „Zu Hause sein“ an erster Stelle „mitverantwortlich sein.“ Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit bedeuten Heimat und Heimatland mehr als nur das Hineingeboren- und Eingebettetsein in gewachsene Zusammenhänge. Heimat und Heimatland beinhalten einen Gestaltungsauftrag – fern von realitätsfremder Heimatseligkeit, von provinzieller Zurückgezogenheit und rückwärtsgewandter Orientierung. Sie müssen im freien Austausch mit Europa und der Welt verwirklicht werden. Sie müssen fremde Erfahrungen in die eigene Wirklichkeit aufnehmen, ohne dabei allerdings gleich Abschied von sich selbst zu nehmen. Eine Gesellschaft, in der alles gleich viel gilt, ist damit nicht zu vereinbaren – sehr wohl aber eine Integrationsgesellschaft, wie sie Niedersachsen nach dem Krieg gewesen ist mit der Aufnahme von 7 Millionen Flüchtlingen (1945-1950), von denen 2,5 Millionen hier tatsächlich eine neue Heimat gefunden haben. Aber auch mit dem Zusammenschluss der alten Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe, die unter Wahrung ihrer „kulturellen und historischen Belange“ (Art. 72 Landesverfassung) zu einer selbstverständlichen Gemeinsamkeit zusammengewachsen sind und die als Land Niedersachsen – so der Wunsch eines britischen Generals – „ein starker, gesunder Bestandteil eines zukünftigen Deutschlands“ geworden sind. Selbstverständlich ist diese Entwicklung angesichts der desolaten Ausgangslage nicht gewesen.

Sie, verehrter Herr Landtagspräsident, haben in ihrer Rede zum 60. Jahrestag der Konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtags auf die Zeitumstände hinwiesen: dass „Hunger, nichts als der Hunger“ das Leben der Menschen bestimmte. Als von mitreißender Begeisterung weit entfernt beschrieb auch Dolf Sternberger, Doyen der Politischen Wissenschaft in Deutschland, die Situation der Mitglieder des Parlamentarischen Rates zwei Jahre später im Mai 1949: „Die Mitglieder dieser verfassungsgebenden Versammlung ihrerseits taten ihr Werk eher in gedrückter Seelenlage. Es war nur der Teil der Nation, für den sie handeln konnten. ... Man sprach mit gedämpfter Stimme, arbeitete mit zögernden Händen – in der Trauer um die Zertrennung der Nation, in der zagen Hoffnung auf einen künftigen freien Akt des ganzen Deutschland.“

### **Das Deutschlandlied: Einigkeit und Recht und Freiheit**

Nachdem Hunger und Leid überwunden sind, nachdem niemand mehr wegen der Zertrennung der Nation trauern muss, nachdem sich die wage Hoffnung auf einen „freien Akt des ganzen Deutschland“ erfüllt hat, gibt

es in der Tat allen Grund, sich vor jenen zu verneigen, die damals den Mut aufbrachten, unser Land freiheitlich, demokratisch und rechtsstaatlich aufzubauen.

Ich erinnere an Albert Finck, Mitglied des Parlamentarischen Rats, einen meiner Vorgänger als rheinland-pfälzischer Kultusminister. Ein Mann unbeirrbar in seinen Überzeugungen: Die Weimarer Republik verteidigte er als Zentrumsmitglied gegen die Angriffe von Rechts und Links. Im Nationalsozialismus bleibt er fest – trotz aller Bedrohungen und trotz Berufsverbots als Chefredakteur der zentrumsnahen „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“. Der Deportation in das Konzentrationslager Dachau ist er nur knapp entgangen. Im Pfarrhaus seines Bruders, Johannes Finck, war Alfred Delp, der später in Plötzensee für seinen Widerstand ermordete Jesuit, häufig zu Gast. Seine Triebfedern waren Vaterlands- und Freiheitsliebe. Ihn musste man nicht darauf hinweisen, dass der Verfasser des Deutschlandlieds, am 26. August 1841 auf dem damals englischen Helgoland entstanden, auf der Überfahrt dorthin mit seinen Hannoveraner Kameraden die „Marseillaise“ und „God save“ gesungen hat. Auch Albert Finck – wie Hoffmann von Fallersleben – hätte nichts dabei gefunden, in munterer Runde im „Conversationshause“ zu Helgoland auf die englische Königin anzustoßen. Aus Vaterlands- und Freiheitsliebe, aber auch aus Pragmatismus tritt er dafür, dass die 3. Strophe des Deutschlandliedes – wie Finck damals sagte – „vorläufiges Bundeslied“ werden solle. Sein erstes Argument war – nachzulesen in der „Rheinpfalz“ vom 9. August 1949: „Wir denken an die peinliche Situation, die entsteht, wenn bei einem internationalen Festakt oder bei einem größeren Fußballspiel ... die Nationalhymne gespielt wird und für uns betretenes Schweigen übrig bleibt.“ Sein eigentlich unwiderlegbares Argument aber war: „Wer kann gegen die Ideale ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ etwas einwenden? ... Wir gründen unser neues Deutschland auf Einigkeit und Recht und Freiheit.“

Am Abend des 9. August 1949 strömten – Fernsehübertragungen gab es noch nicht – 3.000 Menschen in der Landauer Festhalle zusammen, um Konrad Adenauer zu hören. Am Ende der Veranstaltung rief Finck die Anwesenden auf, die 3. Strophe des Deutschlandlieds zu singen – wohl wissend, dass er sich den Ärger der französischen Besatzungsbehörden einhandeln würde, weil das Deutschlandlied noch – und zwar bis zum 16. Dezember 1949 – verboten war. Aber die Menschen in der Halle waren tief ergriffen und sangen mit.

„Kein Lied ist im Herzen des deutschen Volkes so tief verwurzelt wie das Deutschlandlied“, ließ Adenauer in einem Bulletin der Bundesregierung zwei Jahre später verlauten. Eine Umfrage in den Anfängen von Allensbach gab ihm Recht: Drei von vier Westdeutschen sprachen sich für die Beibehaltung des Deutschlandliedes aus. Es ist 55 Jahre her, dass Bundespräsident Theodor Heuss, der bekanntlich ein anderes Lied zu finden versucht hatte, zustimmte – nicht, weil er besonders glücklich darüber gewesen wäre, sondern „in der Anerkennung des Tatbestandes“. Am Vorabend der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und der sich daraus ergebenden Teilsouveränität im Mai 1952 hatte die Bundesrepublik endlich eine eigene Hymne. In der DDR wurde das Deutschlandlied im selben Jahr verboten.

Die Konfusion um das Deutschlandlied ist im Westen Deutschlands, wie das Beispiel Bern zeigt, erst allmählich gewichen. In der DDR blieb das Lied trotz Verbots lebendig und wurde von den Aufständischen des 17. Juni 1953 gesungen, als sie das Brandenburger Tor durchquerten. Wie sie der Dichter auch gemeint haben mag: Es ist nicht zu bedauern, nein, es ist sogar ausdrücklich zu begrüßen, dass die missverstandene und missverständliche, von den Nationalsozialisten gröblich pervertierte erste Strophe heute nirgends mehr zu hören ist. „Deutschland, Deutschland über alles“ ist nicht das, was wir uns wünschen. Wir wollen unser Vaterland so lieben, wie Franzosen, wie Engländer, wie Italiener das ihre, aber nicht mehr. Wir wollen unsere Nation nicht über andere stellen. Aber wir wollen sie ihnen gleichstellen. Vor allem aber darf doch wohl kein Zweifel bestehen, dass wir Freude darüber empfinden, dass „Einigkeit und Recht und Freiheit“ wieder in allen Teilen Deutschlands gesungen werden darf und gesungen wird, dass Einigkeit und Recht und Freiheit tatsächlich wieder des Glückes Unterpfand sind.

Die Angst vor falschen, nationalistischen Tönen – vor Tönen, die mißgedeutet werden könnten – ist nicht mehr dieselbe wie zu den Zeiten von Bern 1954. Aber wir Deutschen sind gleichwohl längst noch nicht mit uns im Reinen, können es nach dem Geschehenen auch nicht sein. Bis heute stellt sich die Frage nach unserem nationalen Selbstverständnis.

### Neues nationales Selbstverständnis

Deutschland ist nicht in Europa aufgegangen. Europa wird von den Nationen gebaut. Post-nationale Träume, wie sie einige träumten und denen wenige weiter nachhängen, sind ausgeträumt. Davon, wie wir uns als Nation begrei-

fen, hängt viel ab. Nur wer seine Identität annimmt, kann sie auch einbringen in Europa und in der Welt. Ohne Voraussetzungen sind wir Gott sei Dank nicht mehr.

Nation heißt gemeinsame Sprache und Kultur – die Klammern während der deutschen Teilung. Nation heißt, mit der gesamten deutschen Geschichte zu leben – im ihrem Wohl wie in ihrem Wehe, mit ihren Brüchen und Belastungen, mit dem, was nachahmenswert und gelungen ist. Zur deutschen Geschichte gehören Buchenwald und Auschwitz – niemand darf das leugnen, niemand darf es vergessen oder gegen andere Verbrechen aufrechnen. Aber die Geschichte ist damit nicht zu Ende: Zu ihr gehören seitdem ein demokratischer Neuanfang im Westen und eine freiheitliche Revolution im Osten Deutschlands.

Nation heißt nach einem Wort des Oldenburgers Karl Jaspers, „politische Haftung“ für geschehenes Unrecht zu übernehmen, heißt – gerade da, wo unsere Geschichte einen unterschiedlichen Verlauf genommen hat – als Schicksalsgemeinschaft für die Folgen einzustehen. Nation verlangt ein in Gewissen und Verantwortung aufgenommenes Gedächtnis – nicht um sich damit zu quälen, sondern um daraus gestärkt und gewappnet für die Gestaltung der Zukunft hervorzugehen.

Nation bedeutet Zusammengehörigkeit von Demokraten als Bürgerschaft, heißt lebendige und gelebte Verfassung, heißt abwehrbereite Demokratie. „Es gibt kein Vaterland in der Despotie“, dafür steht Sternbergers Begriff des „Verfassungspatriotismus“. Er beinhaltet keine Abwendung vom Nationenbegriff, wie ihn Jürgen Habermas später interpretiert hat. Nation heißt, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, heißt die Einheit zu vollenden, Europa zu bauen, als ein größer und souverän gewordenes Deutschland Verantwortung in der Welt zu tragen.

Und schließlich: Nation ist die Voraussetzung für Europa- und Welt-Bürgerschaft. Eine Verbindung, die auch emotional erlebt werden muss. Die Braunschweigerin Richarda Huch hat gesagt, das biblische Gebot „liebe deinen Nächsten, wie dich selbst“ gelte für Menschen wie für Nationen. Dass sich jede selbst liebe, sei eine selbstverständliche Bedingung dafür, dass sich die Liebe zu den anderen entfalten könne. Niemand bezweifelt, dass wir weithin Anlass zur Selbstkritik haben, dass es viele Gründe gibt, sich Sorgen zu machen. Ich frage heute nur: Wie steht es um die Selbst- und Nächstenliebe der deutschen Nation? Ganz mutlos brauchen wir da nicht zu sein.

## Deutschland: ein Sommermärchen

Im Sommer 2006 war Deutschland Austragungsort der XVIII. Fußballweltmeisterschaft, ein heiteres, fröhliches, unbeschwertes, tolerantes Fest. Die Welt war zu Gast bei Freunden! Von allen Seiten war viel Lob zu hören. Kein Zweifel: Die Fußballweltmeisterschaft hat uns viel Zuneigung und Sympathie gebracht! Es war nur selbstverständlich, dass bei all dem Sprachgewirr, wenn Hunderttausende zusammenströmen, das Bedürfnis bestand, erkannt zu werden. Und was war als sicheres Erkennungszeichen besser geeignet als die Landesfarben und die Nationalhymnen? Die Mannschaften und ihre Fans zogen mit ihren Fahnen durchs Land und sangen bei der Eröffnung ihrer Spiele und bei vielen anderen Gelegenheiten ihre Nationalhymne. Die Niederländer, die Italiener, die Polen, die Ukrainer, die Japaner, die Ecuadorianer, die Ghanaer. Was lag näher, als dass auch wir Deutsche – nach einigem Zögern – es ihnen nachtaten? Ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer! Und die deutsche Nationalmannschaft sang – wie selbstverständlich und völlig unverkrampft – die Nationalhymne. Wie nicht anders zu erwarten, meldeten sich Bedenkenträger zu Wort. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) meinte, das Lied gehöre zum reaktionären deutsch-nationalen Erbe. Ein Tübinger Literaturwissenschaftler sprach von „dieser unmöglichen Nationalhymne mit dem teilweise unverständlichen Text“. Zur Ehrenrettung der GEW muss allerdings hinzugefügt werden, dass sich ihr Vorsitzender, als von allen Seiten Kritik niederprasselte, für seinen Fehler öffentlich entschuldigte. „Wenn heute junge Fußballfans die Nationalhymne singen, tun sie das aus Lebensfreude und zur Unterstützung der deutschen Mannschaft“, meinte er.

Häufig in Ausnahmesituationen entstanden, haben Nationalhymnen oft kämpferische, kriegerische, sogar blutrünstige Texte, die niemand mehr auf die Goldwaage legt. In Englands Hymne – der ältesten aller Nationalhymnen – wird Gott gebeten, die Königin zu schützen, die Feinde zu zerbrechen, deren politische Ränke zu zerstreuen, die rebellischen Schotten zur Raison zu bringen. Das Lied der Deutschen enthält in seiner dritten Strophe, keine falschen Töne. Ganz im Gegenteil: Sie drückt aus, was wir uns wohl alle – zumal nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes – wünschen: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“. Man darf seinem Autor, wie Sie es heute beim Niedersächsischen Landtag getan haben, zu Recht ein Denkmal setzen!

„Die Welt hat keine Angst mehr vor übertriebenem Patriotismus in Deutschland“, sagt Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Na-



tionen zur Zeit der Fußballweltmeisterschaft. Wir dürfen uns gemeinsam freuen und gemeinsam feiern. Wir müssen vor niemandem verbergen, dass wir tüchtig sind, dass wir über Durchhaltevermögen, Leistungskraft, Teamgeist und Fairness verfügen. Wir dürfen andere sogar mit Kreativität und Spielwitz überraschen. Wir dürfen Weltmeister sein – im Herren-, und Damenfußball, im Handball und anderswo – wenn unsere Mannschaft die beste ist. Wir dürfen heute, mehr als 60 Jahre nach dem Krieg, sogar Papst sein, ohne dass man auf der Welt Anstoß daran genommen hat. Freilich darf uns das nicht zu neuem Übermut verleiten. Sondern wir müssen weiter alles daran setzen, das zu tun, was andere und wir selbst uns lange nicht zugetraut haben: Nation und Demokratie, Heimat und Weltoffenheit, Vaterland und Europa als Werte zu begreifen, die einander zugehörig sind. Man muss sich am Fußball ein Beispiel nehmen: Das Runde muss ins Eckige! Dann bleibt Deutschland nicht nur ein Sommermärchen.

## **Prof. Dr. Bernhard Vogel**

### **Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Geboren am 19. Dezember 1932 in Göttingen, Volksschule in Gießen, Humanistisches Gymnasium in Gießen und München

- |           |   |
|-----------|---|
| 1953      | Abitur in München, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft in Heidelberg und München   |
| 1960      | Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zum Thema „Die Unabhängigen in den Kommunalwahlen westdeutscher Länder“ bei Dolf Sternberger, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg |
| 1961-1967 | Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, gleichzeitig Arbeit in der Erwachsenenbildung  |
| 1967-1976 | Kultusminister von Rheinland-Pfalz  |
| 1972-1976 | Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)  |
| 1976-1988 | Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz   |
| 1976/1977 | Präsident des Bundesrates, erneut 1987/1988   |
| 1976-1988 | Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten   |
| seit 1979 | Vorsitzender, von 1992 bis 1997 stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates des Zweiten Deutschen Fernsehens  |
| 1989-1995 | Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung   |
| 1992-2003 | Thüringer Ministerpräsident   |
| seit 2001 | (ehrenamtlicher) Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung  |

